

*Schlaglichter  
der Wirtschaftspolitik*  
**März 2026**  
Monatsbericht

**11**

*Leichtbau als Treiber für Material-  
und Energieeffizienz*

**14**

*Neue Chancen für den deutschen  
Mittelstand – „Partnering in Business with  
Germany“ erweitert sein Netzwerk um  
wachstumsstarke Partnerländer*



**REFORMKOMMISSION HAT  
EMPFEHLUNGEN ZUR MODERNISIERUNG  
DES SOZIALSTAATES VORGELEGT**

# Inhalt



## DIE „SCHLAGLICHTER“ IM ABONNEMENT

Melden Sie sich für den  
Schlaglichter-Newsletter  
an und verpassen Sie  
keine Ausgabe mehr:  
[schlaglichter/newsletter](mailto:schlaglichter/newsletter)



## MEHR IM WEB

Schlaglichter-  
Ausgaben online lesen:  
[www.bundeswirtschafts-  
ministerium.de/  
schlaglichter](http://www.bundeswirtschaftsministerium.de/schlaglichter)

- 03 **Konjunkturschlaglicht**
- 36 **Impressum**

## Wirtschaftspolitik

- 06 **Reformkommission hat Empfehlungen zur Modernisierung des Sozialstaates vorgelegt**
- 11 **Leichtbau als Treiber für Energie- und Materialeffizienz**
- 14 **Neue Chancen für den deutschen Mittelstand – „Partnering in Business with Germany“ erweitert sein Netzwerk um wachstumsstarke Partnerländer**

## Konjunktur

- 17 **Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Februar 2026**
- 25 **BIP Nowcast für das erste Quartal 2026**
- 26 **Das Eis ist dünn, aber es trägt: Die Weltwirtschaft wächst robust**
- 35 **Konjunkturtermine**

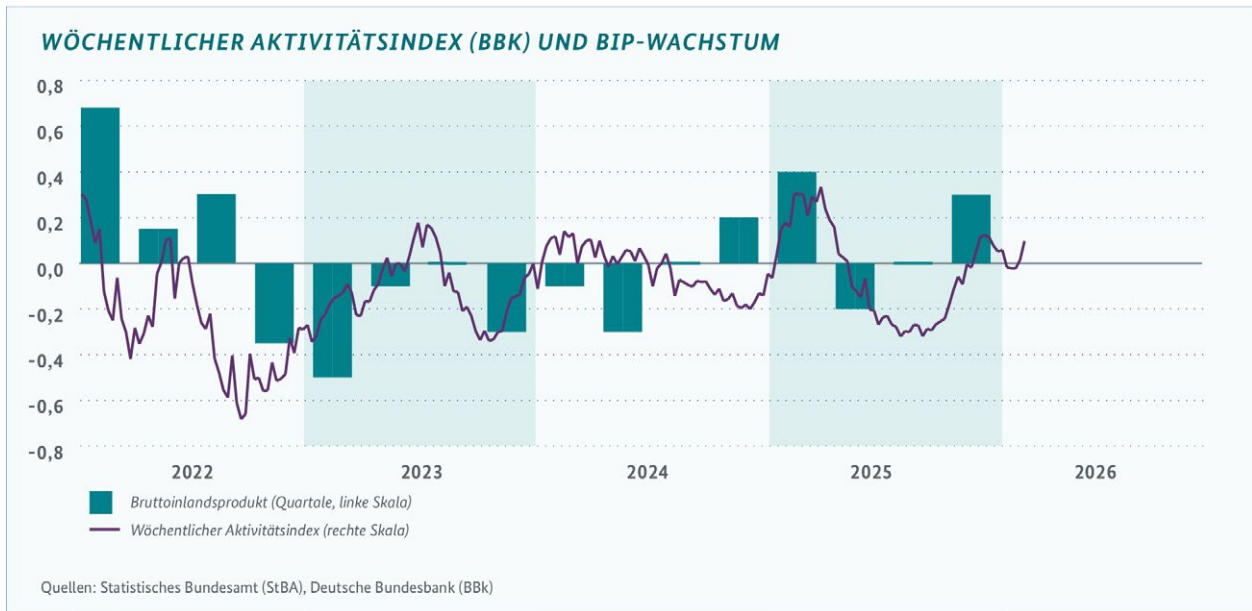
# KONJUNKTURSCHLAGLICHT

## Februar 2026

Konjunkturelle Erholung gewinnt an Stabilität



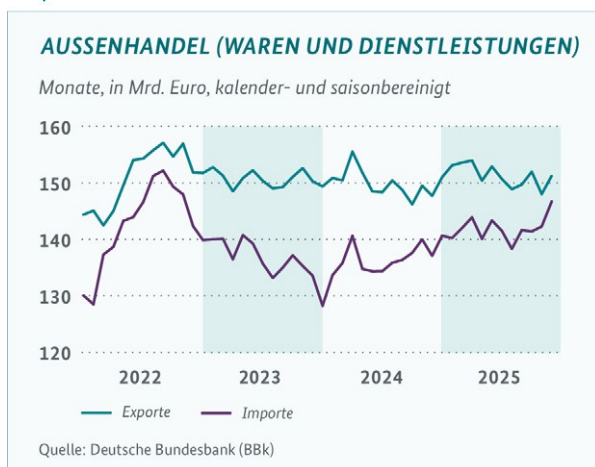
### Gesamtwirtschaft



**Fortgesetzte konjunkturelle Erholung zu Jahresbeginn.** Die starke Zunahme der Industrieaufträge zum Jahresende spricht für eine allmähliche Belebung im weiteren Jahresverlauf. Insgesamt mehren sich die Anzeichen, dass die bislang fragile konjunkturelle Erholung an Stabilität gewinnt – auch getragen von der zunehmenden Nachfrage im Zuge der gestiegenen Verteidigungsausgaben sowie des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität.



### Außenwirtschaft



**Auslandsgeschäft legt zum Jahresende kräftig zu.** Die nominalen Waren- und Dienstleistungsausfuhren sind im Dezember wieder gestiegen. Besonders stark legten die Warenausfuhren in die USA und China zu. Die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen stiegen im Dezember ebenfalls gegenüber dem Vormonat. Die jüngsten Steigerungen bei Exporterwartungen und Auslandsaufträgen deuten trotz anhaltender Risiken auf eine allmähliche Erholung hin.



## Produktion

### PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE

Monate, Volumenindex 2021 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

**Rückschlag bei der Produktion zum Jahresende.** Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist im Dezember – nach zuvor drei Anstiegen – deutlich zurückgegangen. Sowohl die Industrieproduktion als auch erneut der Energiebereich haben sich spürbar abgeschwächt. Im Baugewerbe stieg die Produktion dagegen an. Der zuletzt kräftige, vor allem vom Inland getragene Anstieg der Auftragseingänge deutet auf eine fortgesetzte Erholung der Industrieproduktion in den kommenden Monaten hin.

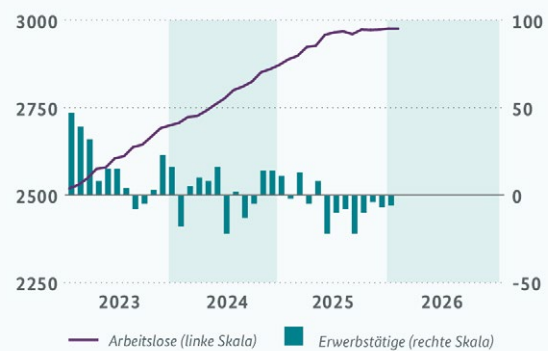


## Arbeitsmarkt

**Arbeitsmarktausblick bleibt zu Jahresbeginn verhalten.** Im Januar stagnierte die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit ( $\pm 0$  Tsd. Personen). Die Zahl der Erwerbstätigen verzeichnete im Dezember hingegen einen leichten Rückgang (-6 Tsd.). Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm im November etwas ab (-5 Tsd.). Angesichts der nach wie vor gedämpften Entwicklung der Frühindikatoren bleibt der Arbeitsmarkt zu Jahresbeginn voraussichtlich weiter ohne Dynamik.

### ARBEITSLOSE UND ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Arbeitslose, Monate, saisonbereinigt absolut (in 1000)  
Erwerbstätige, Monate, saisonbereinigt, absolut (in 1000),  
Veränderung zum Vormonat



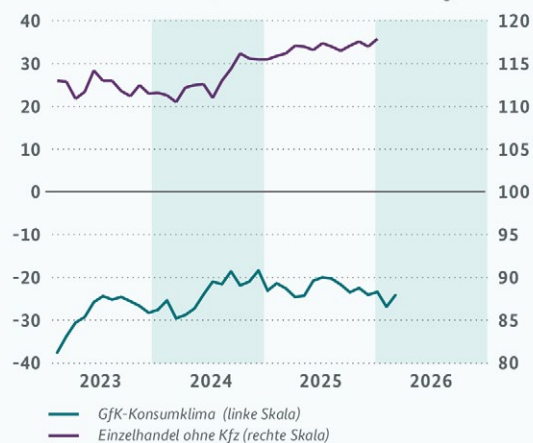
Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)



## Privater Konsum

### GfK-KONSUMKLIMA UND EINZELHANDEL OHNE KFZ

GfK-Konsumklima, saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten Einzelhandel ohne Kfz, Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

### Erlöse im Einzelhandel gestiegen; Stimmungsindikatoren aufgeheitert.

Die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) sind im Dezember im Vormonatsvergleich um 0,8 Prozent gestiegen. Während der Handel mit Lebensmitteln mit 1,9 Prozent im Vergleich zum Vormonat zulegte, gab der Umsatz mit Nicht-Lebensmitteln um 0,2 Prozent nach. Das Stimmungsbild deutet am aktuellen Rand insgesamt auf eine leichte Aufhellung der Konsumententwicklung zu Jahresbeginn 2026 hin.

#### LEGENDE

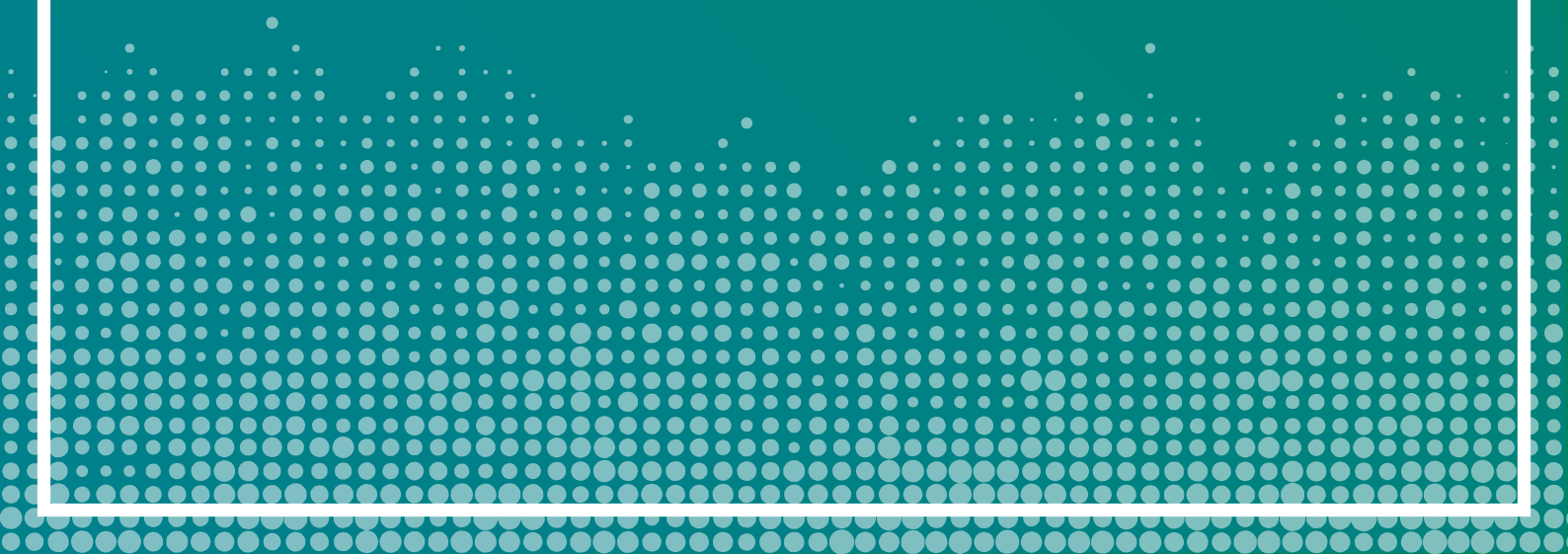
- Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020

**WW**



**WIRTSCHAFTSPOLITIK**



# Reformkommission hat Empfehlungen zur Modernisierung des Sozialstaates vorgelegt



**D**er Sozialstaat ist eine tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Allerdings ist das Sozialsystem in den vergangenen Jahrzehnten sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für die Verwaltung hochkomplex geworden. Die Digitalisierung von Sozialleistungen ist unzureichend. Zudem sind die verschiedenen Systeme nicht gut aufeinander abgestimmt, so dass sich Mehrarbeit beim Bezug von Sozialleistungen oft nicht lohnt, weil die Einkommensanrechnung zu einem zu hohen Leistungsentzug führen kann. Um den Sozialstaat effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten und Erwerbsanreize zu verbessern, bedarf es daher einer grundlegenden Reform. Die Bundesregierung hat deshalb im September 2025 eine Kommission zur Sozialstaatsreform (KSR) eingesetzt und beauftragt, Leitlinien und konkrete Ansätze für eine solche Reform zu erarbeiten. Die Mitglieder der Kommission setzten sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen zusammen; ihre Arbeit wurde von einer Gruppe von Abgeordneten des Bundestags begleitet. Das BMWE war ebenfalls vertreten und hat sich für eine Neujustierung des Systems, für bessere Erwerbsanreize sowie für eine umfassende Digitalisierung eingesetzt. Von September 2025 bis Januar 2026 wurden zudem mehr als 90 Expertinnen und Experten aus Verbänden, Sozialleistungsträgern, Wissenschaft, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Praxis angehört. Im Januar 2026 hat die Kommission ihre Empfehlungen im Konsens beschlossen und vorgelegt.

Der Bericht enthält 26 Empfehlungen zu vier Handlungsfeldern: Neusystematisierung von Sozialleistungen, Verbesserung von Erwerbsanreizen, Rechtsvereinfachung, Digitalisierung und Modernisierung der Sozialverwaltung.

### HANDLUNGSFELD I: NEUSYSTEMATISIERUNG VON SOZIALLEISTUNGEN

In Deutschland gibt es zahlreiche Sozialleistungen, die jeweils von verschiedenen Behörden verwaltet werden. Diese Behörden- und Leistungsvielfalt führt zu komplexen Schnittstellen und uneinheitlichen Rechtsbegriffen. Beispielsweise wechseln Bürgerinnen und Bürger bereits bei geringen Einkommenschwankungen zwischen der Grundsicherung und dem vorgelagerten System von Wohngeld und Kinderzuschlag. Die Behördenzuständigkeit wechselt, neue Anträge müssen gestellt, Nachweise erbracht und von den Behörden geprüft werden. Für die Leistungsbeziehenden gelten je nach Leistung eigene Regeln zur Anrechnung von Erwerbseinkommen und der Einkommensbegriff ist unterschiedlich definiert. Neben einem erheblichen Verwaltungsaufwand führt dies zu Intransparenz und finanziellen Fehlansätzen bei Bürgerinnen und Bürgern, was sich negativ auf das Arbeitsangebot auswirken kann. Die Sozialstaatskommission empfiehlt daher die **Schaffung eines einheitlichen Sozialleistungssystems, in dem zentrale steuerfinanzierte**

**Leistungen gebündelt werden** – vor allem die Grundsicherung (SGB II), die Sozialhilfe (SGB XII) sowie die vorrangigen Leistungen Wohngeld und Kinderzuschlag.

Um eine zielgenaue Ausgestaltung von Leistungen weiterhin zu ermöglichen, soll im neuen einheitlichen Sozialleistungssystem eine Binnendifferenzierung gelten. Auf Basis weitgehend einheitlicher Rechtsbegriffe würde demnach zwischen zwei Leistungsarten unterschieden: erstens der Existenzsicherung – Leistungen, die das verfassungsrechtlich garantierte Existenzminimum sicherstellen – und zweitens der Existenzunterstützung – Leistungen, die verhindern, dass ein Bedarf an Existenzsicherung entsteht. Die existenzunterstützenden Leistungen könnten gegenüber der Existenzsicherung wesentlich stärker pauschaliert werden, weil sie nicht den verfassungsrechtlich besonders strengen Vorgaben zur Sicherstellung des Existenzminimums unterliegen. Dadurch wären weniger Einzelfallprüfungen nötig, was den Verwaltungsaufwand in der Existenzunterstützung erheblich reduzieren würde und damit auch den Antragstellerinnen und Antragstellern insgesamt zugutekommen dürfte. Da beide Leistungsarten zudem in einem einheitlichen System verankert wären, entfielen der bislang notwendige, umständliche Rechtskreiswechsel beim Übergang von der Grundsicherung zum vorgelagerten System.

Das einheitliche Sozialleistungssystem würde durch zwei Behördenstränge administriert. Für erwerbsfähige Leistungsbeziehende (insbesondere Arbeitsuchende in der Grundsicherung und Familien, die Wohngeld und Kinderzuschlag beziehen) wären die Jobcenter – die gemeinsamen Einrichtungen bzw. zugelassenen kommunalen Träger – verantwortlich. Für nicht-erwerbsfähige Leistungsbeziehende (insb. Rentnerinnen und Rentner) wären die kommunalen Sozialämter zuständig. Da derzeit das Wohngeld durch die örtliche Wohngeldbehörde und der Kinderzuschlag durch die Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit administriert wird, wären künftig anstelle von vier somit nur noch zwei Behörden zuständig. Zentral wäre dabei, dass es für jeden Leistungsbeziehenden nur noch eine Anlaufstelle gäbe; komplizierte Behördenwechsel oder Doppelbetreuungen von Haushalten, die aktuell Wohngeld und Kinderzuschlag beziehen, wären damit nicht mehr nötig. Die Administration durch zwei Behördenstränge ermöglicht die Umsetzung eines materiell-rechtlich einheitlichen Sozialleistungssystems auch ohne Grundgesetzänderung. Die Kommission empfiehlt perspektivisch allerdings, die Verwaltung vollständig zusammenzulegen. Ein solcher weitergehender Schritt würde eine Änderung des Grundgesetzes voraussetzen.

Bürgerinnen und Bürger sollen künftig den Zugang zum einheitlichen Sozialleistungssystem über eine digitale Plattform erhalten. Eine ortsnahe Anlaufstelle kann zusätzlich Hilfestellung bei der Bean-



tragung von Leistungen über das digitale Zugangportal leisten. Ziel ist ein einheitliches Front-Office für Nutzerinnen und Nutzer; die Administration des Sozialleistungssystems soll in einem Back-Office weitgehend gebündelt werden. Dadurch können vorhandene Kompetenzen von Bund, Ländern und Kommunen effizienzbringend genutzt werden.

Der nächste Schritt hin zu einem einheitlichen Grundsicherungssystem entlang dieser Leitlinien wird die Erarbeitung eines Konzeptes durch die zuständigen Bundesressorts unter Beteiligung der Länder und Kommunen sein; dafür hat die Kommission sechs Monate angesetzt. Die Kommission schlägt vor, das Gesetzgebungsverfahren bis Jahresende 2027 abzuschließen.

### **HANDLUNGSFELD II: VERBESSERUNG VON ERWERBSANREIZEN**

Mehrarbeit soll sich stärker lohnen. Die Kommission empfiehlt deshalb, die Einkommensanrechnung in den Sozialleistungssystemen neu auszurichten. Kern des Vorschlags ist eine Reform der sogenannten Transferentzugsraten. Dabei geht es darum, wie stark hinzuverdientes Erwerbseinkommen auf staatliche Sozialleistungen angerechnet wird und dadurch das zusätzlich verfügbare Erwerbseinkommen gemindert wird.

Die Transferentzugsraten ergeben sich aus dem Zusammenspiel der Regeln für den Bezug unterschiedlicher Transfers – beispielsweise Grundsicherung, Wohngeld oder Kinderzuschlag. Neben der Höhe des Erwerbseinkommens hängen die Transferentzugsraten auch von Faktoren wie der Anzahl der Haushaltsmitglieder oder der Höhe der Miete ab. Dadurch ist der effektive Transferentzug für Leistungsbezieher nicht immer nachvollziehbar. Generell gilt: Steigt das Einkommen, sinken die Transferleistungen. Im aktuellen Transfersystem kann es bei steigendem Einkommen jedoch zu sehr hohen effektiven Transferentzugsraten von bis über 100 Prozent kommen. Das heißt, dass ein Euro zusätzliches Erwerbseinkommen das verfügbare Netto-Haushaltseinkommen nur unwesentlich erhöhen oder sogar leicht verringern kann, sodass sich ein höherer Erwerbsumfang kaum auszahlt oder sogar nachteilig wäre.

Die Kommission empfiehlt deshalb einen grundlegenden Kurswechsel: Sehr geringe Einkommen sollen künftig stärker auf staatliche Leistungen angerechnet werden, während höhere Einkommen weniger stark angerechnet werden. Ziel ist es, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – insbesondere in Vollzeit oder vollzeittah – spürbar attraktiver wird als geringfügige Beschäftigung oder eine Erwerbstätigkeit mit sehr niedrigem Stundenumfang.

Die erwarteten Effekte eines solchen Kurswechsels sind beachtlich. Nach Berechnungen mehrerer Wirtschaftsfor-

schungsinstitute, unter anderem im Auftrag des BMW (Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Monatsbericht 10/2024), könnte eine solche Reform das Arbeitsangebot deutlich erhöhen – je nach Ausgestaltung um rund 100.000 Vollzeitäquivalente – und zugleich positive fiskalische Effekte von bis zu rund vier Milliarden Euro entfalten. Leistungsbeziehende würden so bessere Perspektiven erhalten, ihren Lebensunterhalt wieder eigenständig zu sichern. Die vorgeschlagene Neuausrichtung stellt einen echten Systemwechsel dar. Sie ist eine wichtige Grundlage für verbesserte Erwerbsanreize in einem künftigen, einheitlichen Leistungssystem. Die konkrete Ausgestaltung der neuen Anrechnungsregeln muss im weiteren Gesetzgebungsverfahren festgelegt werden und hängt auch vom Aufbau des neuen Gesamtsystems ab. Klar ist jedoch: Die Empfehlung der Kommission greift eine seit Jahren von Expertinnen und Experten vertretene Forderung auf und setzt damit einen wichtigen Impuls für mehr Beschäftigung und wirtschaftliches Wachstum.

### **HANDLUNGSFELD III: RECHTSVEREINFACHUNG**

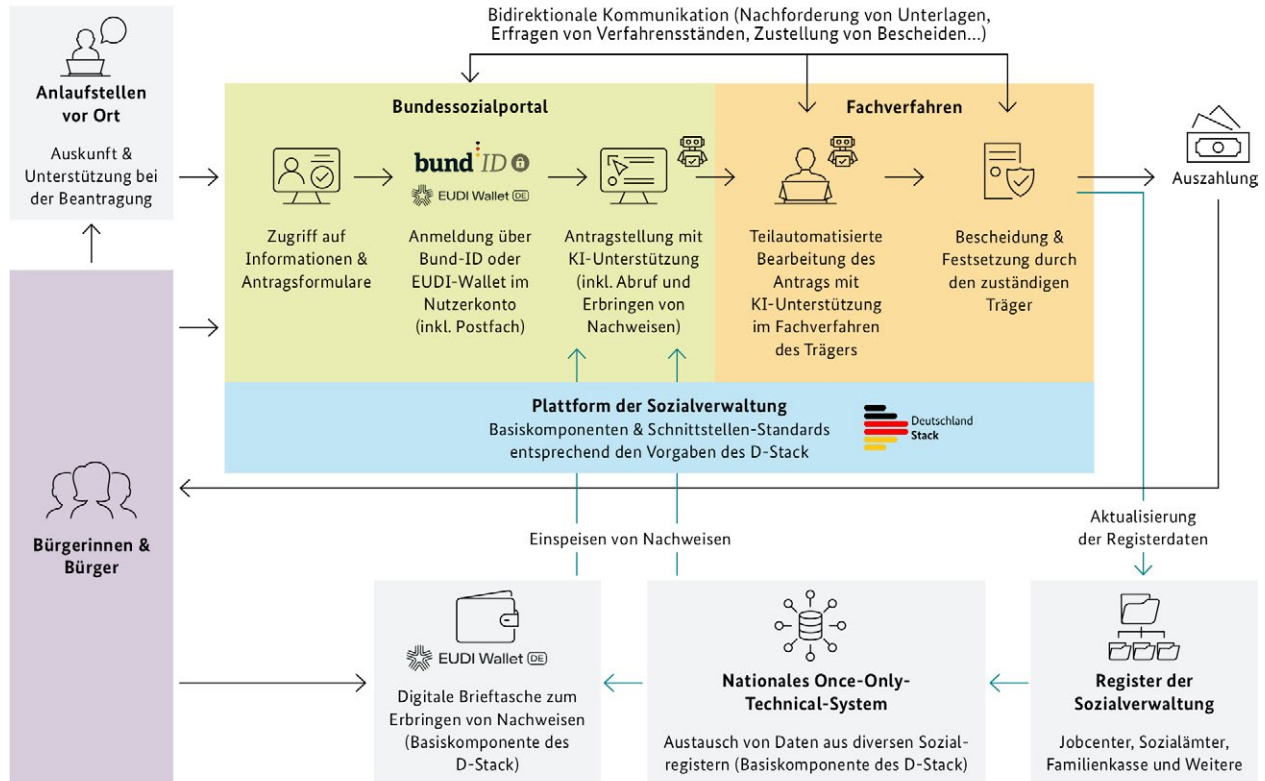
Die Kommission empfiehlt, Rechtsbegriffe grundsätzlich stärker zu vereinheitlichen. Dies schafft mehr Transparenz und erleichtert die Arbeit der Verwaltung. Auch soll ein modularer Einkommensbegriff entwickelt werden, der es erlaubt, Einkommen in standardisierte, einheitliche Komponenten mit Blick auf unterschiedliche Administrationsanforderungen zu zerlegen und so den effizienten Datenaustausch zwischen Behörden zu ermöglichen. Damit müssten diese Daten künftig nur einmal von Bürgerinnen und Bürgern eingereicht werden (Once-Only-Prinzip). Zur weiteren Reduzierung des Verwaltungsaufwandes empfiehlt die Kommission unter anderem, Leistungen stärker zu pauschalieren, um aufwendige Detailabrechnungen zu vermeiden. Auch sollen Bagatellgrenzen für Rückforderungen sowohl von Leistungsbeziehenden als auch zwischen Behörden erhöht werden. Die Kommission empfiehlt, diese und weitere Maßnahmen zu einem schnell umsetzbaren Paket zu schnüren, das in der Summe die Bürokratie in der Sozialverwaltung erheblich abbaut. Diese Einzelmaßnahmen können schnellstmöglich umgesetzt werden, damit die Administration zeitnah entlastet wird (Quick-Win).

### **HANDLUNGSFELD IV: DIGITALISIERUNG UND MODERNISIERUNG DER SOZIALVERWALTUNG**

Voraussetzung für einen modernen Sozialstaat und für ein effektives und effizientes Leistungssystem ist eine konsequente und umfassende Digitalisierung der Sozialverwaltung. Die Sozialstaatskommission empfiehlt dazu eine plattformbasierte Modernisierung. Zentral ist dabei der Aufbau einer einheitlichen digitalen Plattform und Infrastruktur für alle Sozialleistungen. Bürgerinnen und Bürger greifen für die Antragstellung über ein Onlineportal auf diese zentrale digitale Platt-



## VEREINFACHTE DARSTELLUNG EINER USER JOURNEY ZUR DIGITALEN BEANTRAGUNG VON SOZIALLEISTUNGEN



Quelle: Abschlussbericht der Kommission zur Sozialstaatsreform, S. 36.

form zu (siehe Abbildung 1), wobei Anlaufstellen vor Ort Unterstützung bieten können. Über die Plattform werden außerdem Belege eingereicht, Bescheide ausgegeben und Zahlungen abgewickelt (One-Stop-Shop). Gleichzeitig bearbeiten Behörden die Anträge auf der Plattform und nutzen diese, um mit den Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren. Den beteiligten Behörden und Trägern werden die IT-Basiskomponenten (beispielsweise Auszahlungssystem, Authentifizierung, Postfachfunktion etc.) und technische Standards zur verpflichtenden Nutzung vorgegeben. Damit werden kostspielige und ineffiziente digitale Inselösungen verhindert.

Zentral für die Digitalisierung der Sozialverwaltung ist die Schaffung der technischen sowie rechtlichen Voraussetzungen für das sogenannte Once-Only-Prinzip in der Datenerhebung (s.o.). Zukünftig sollen Behörden beispielsweise Einkommensdaten schnell und datenschutzkonform über

das Nationale Once-Only-Technical-System austauschen können. Behördenmitarbeiter sparen so erheblichen Aufwand, da sie Daten, die bereits an anderer Stelle vorliegen, nicht erneut erheben müssen. Um die Verwaltung weiter zu entlasten, empfiehlt die Kommission, auch den Einsatz von Automatisierung und Künstlicher Intelligenz auszuweiten und rechtlich abzusichern.

Die Empfehlungen zur Digitalisierung der Sozialverwaltung sollen schrittweise umgesetzt werden. Ein Expertengremium „Digitalisierung der Sozialverwaltung“ unter gemeinsamer Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) wird die Umsetzung begleiten. Wichtig ist, dass die Umsetzung des neuen einheitlichen Sozialleistungssystems eng mit den Maßnahmen zur Digitalisierung abgestimmt und das neue System von Anfang an digital gedacht wird. →

### **AUSBLICK: EMPFEHLUNGEN MÜSSEN JETZT ZÜGIG UMGESETZT WERDEN**

Die Empfehlungen der Sozialstaatskommission stellen nichts weniger als ein umfassendes Reformkonzept für einen dringend benötigten Neustart des steuerfinanzierten Sozialstaats dar. Ziel ist es, Verwaltung und Leistungen des Sozialstaates effizienter und digitaler aufzustellen. Gleichzeitig sind deutlich positive Impulse für den Arbeitsmarkt möglich. Damit kommt den Empfehlungen auch eine Schlüsselrolle im Rahmen einer wachstumsfreundlichen Konsolidierung der Staatsfinanzen zu. Der nächste Schritt ist umso wichtiger: Die Empfehlungen müssen jetzt zügig und konsequent umgesetzt werden. —

#### **KONTAKT & MEHR ZUM THEMA**

Referat IA5 – Wirtschaftspolitische Fragen des Arbeitsmarktes und der Grundsicherung

[schlaglichter@bmwe.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwe.bund.de)

Abschlussbericht der Kommission zur Sozialstaatsreform:

[https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Soziales/Modernisierung-Sozialstaat/abschlussbericht-sozialstaatskommission.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Soziales/Modernisierung-Sozialstaat/abschlussbericht-sozialstaatskommission.pdf?__blob=publicationFile&v=1)

Wie lassen sich Erwerbsanreize verbessern? Studie analysiert Reformoptionen für das Transfersystem. Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Monatsbericht 10/2024. <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2024/10/09-reformoptionen-transfersystem.html>

## Leichtbau als Treiber für Energie- und Materialeffizienz

**I**n der Industrie wächst der Handlungsdruck, die Ressourceneffizienz zu erhöhen. Steigende Energie- und Rohstoffpreise, instabile Lieferketten und ambitionierte Klimaziele erfordern zunehmend ein Umdenken in Unternehmen und Wirtschaft. Um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen, müssen Wachstum und Ressourcenverbrauch stärker voneinander entkoppelt werden.

In diesem Kontext wird Leichtbau – insbesondere für rohstoff- und energieintensive Branchen – zu einer strategischen Notwendigkeit. Nur durch effizientere, resilientere und klimagerechtere Prozesse lassen sich Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gleichermaßen sichern.

### LEICHTBAU-INNOVATIONEN: WETTBEWERBSFÄHIGKEIT STÄRKEN, KLIMA SCHONEN

Leichtbau verbindet geradezu idealtypisch die Stärkung von Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit mit Dekarbonisierung und leistet einen bedeutenden Beitrag zur Einsparung von Energie, Material und CO<sub>2</sub>. So können Unternehmen Stoffkreisläufe schließen und ihre Abhängigkeit von fragilen und volatilen Rohstoff-Lieferketten verringern. Das zahlt sich wirtschaftlich aus und ist gleichzeitig effektiver Klima-

schutz. Damit trägt Leichtbau maßgeblich zur nachhaltigen Transformation der industriellen Wertschöpfung bei.

Dabei ist Leichtbau weit mehr als eine Konstruktionsmethode. Leichtbau ist eine Designphilosophie und ein strategischer Ansatz, der innovative Werkstoffe und Fertigungstechnologien, funktionsgerechtes Design und Kreislauffähigkeit miteinander kombiniert. Ziel ist es, mit möglichst geringem Energie- und Materialeinsatz leistungsfähige Produkte und Bauteile zu entwickeln.

### LEICHTE FAHRZEUGE – ENORME CO<sub>2</sub>-EINSPARUNGEN

Ein zentrales Potenzial des Leichtbaus liegt etwa im Mobilitätsbereich: Weniger Gewicht bedeutet weniger Energieverbrauch bei gleichbleibender Leistung. Besonders deutlich zeigt sich dieser Effekt im Mobilitätssektor in der Nutzungsphase. Wird das Gewicht eines Pkw um 100 Kilogramm reduziert, verringert dies den Kraftstoffverbrauch um 0,3 bis 0,5 Liter pro 100 Kilometer. Bei einer durchschnittlichen Jahresfahrleistung von 15.000 Kilometern spart ein Fahrzeug dadurch bis zu 75 Liter Kraftstoff und rund 175 Kilogramm CO<sub>2</sub>. Hochgerechnet auf den



gesamten Pkw-Bestand in Deutschland ergibt sich daraus ein theoretisches Einsparpotenzial von mehr als 8 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr.

Auch Elektrofahrzeuge profitieren deutlich vom Leichtbau: 100 Kilogramm weniger Gewicht senken den Stromverbrauch um zwei bis vier Prozent, wodurch bei gleicher BatteriegroÙe die Reichweite erhóht wird – ein zentraler Faktor für Alltagstauglichkeit und Akzeptanz der E-Mobilität. Leichtbau schafft konstruktiven Spielraum für größere Batterien, was zusätzliche Reichweite ohne Kompromisse bei Nutzlast oder Fahrdynamik ermöglichen kann. In der Luftfahrt ist das Einsparpotenzial noch eindrucksvoller: Wird ein Airbus A320 um 100 Kilogramm leichter, spart er pro Jahr rund 10.000 Liter Kerosin – das entspricht bis zu 25 Tonnen CO<sub>2</sub>.

### GANZHEITLICHER ANSATZ ÜBER GESAMTEN LEBENSZYKLUS

Über den Fahrzeugbau hinaus steigert der gezielte Materialeinsatz in der Industrie die Effizienz über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg – von Design und Produktion über die Nutzung bis zur Wiederverwertung. Im Bauwesen ermöglichen carbonfaserverstärkte Materialien besonders filigrane, korrosionsbeständige Konstruktionen mit hoher Tragfähigkeit. Dadurch können bei bestimmten Anwendungen bis zu 80 Prozent Beton eingespart werden, wodurch sowohl Gewicht und Energieeinsatz auf der Baustelle als auch der CO<sub>2</sub>-intensive Zementverbrauch verringert werden können. Damit wird Bauen schneller, einfacher und produktiver.

Insgesamt reduziert Leichtbau den Material- und Energieeinsatz über den gesamten Lebenszyklus eines Produkts. Optimiertes Produktdesign, digitale Simulationsmethoden sowie innovative Werkstoffe und Fertigungsverfahren sorgen schon in der industriellen Fertigung für mehr Effizienz. In der Nutzung verringern geringere Massen und angepasste Lastpfade den Energiebedarf von Maschinen, Fahrzeugen oder Gebäuden. Am Produktlebensende erleichtern recyclinggerechtes Design, sortenreine Trennung und digitale Produktpässe die Rückgewinnung hochwertiger Sekundärmaterialien. So wird das Ende eines Produkts zum Ausgangspunkt neuer, ressourcenschonender Wertschöpfung.

### TECHNOLOGIETRANSFER-PROGRAMM LEICHTBAU (TTP LB) FÖRdert PRAXISNAHE LÖSUNGEN

Wie sich die Potenziale des Leichtbaus in der Praxis realisieren lassen, zeigen beispielhaft Projekte aus dem Technologietransfer-Programm Leichtbau (TTP LB). Mit dem Pro-

gramm fördert das BMW seit 2020 und noch bis 2027 anwendungsnahe Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Themenfeld Leichtbau, mit dem Ziel, ressourcenschonende Innovationen rasch in die industrielle Anwendung zu bringen.

### EFFIZIENZSTEIGERUNG DURCH INNOVATIVE FERTIGUNGSTECHNOLOGIEN

Eines der Projekte legt einen besonderen Fokus auf die Produktionsprozesse: Ziel der Forschenden ist es, den Ressourcenverbrauch an der für den Systemleichtbau besonders relevanten Prozesskette aus Leichtmetall-Druckguss, Kunststoff-Spritzguss und mechanischem Fügen perspektivisch um bis zu 80 Prozent zu senken. Dazu setzen sie auf energieoptimierte Prozessschritte unter Einsatz regenerativer Energien, verbesserte Werkstoffnutzung und digitale Zwillinge.

Eine zentrale Rolle nimmt dabei das Nationale Leichtbau-Validierungszentrum (LEIV) an der TU Dresden ein, das durch eine Anschubfinanzierung des BMW im Rahmen des Vorhabens initiiert wurde. Auf rund 1.500 Quadratmetern Versuchsfläche bietet es die Möglichkeit, komplette Prozessketten unter praxisnahen Bedingungen zu erproben. Mit dem LEIV wurde erstmals ein weitgehend umweltneutrales Produktionsnetzwerk für den nachhaltigen Leichtbau geschaffen. Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen können im LEIV neue Verfahren im industriellen Maßstab abbilden und ihre Umsetzbarkeit frühzeitig bewerten und so ressourceneffiziente Fertigungsprozesse zur Anwendungsreife bringen. Die besondere Reichweite des LEIV wird dabei durch den unmittelbaren Know-how-Transfer in die Wirtschaft erzielt, wovon insbesondere kleine und mittlere Unternehmen profitieren.

### RESSOURCENEFFIZIENZ IN DER MOBILITÄT

Auch in der Elektromobilität erschließen Leichtbaulösungen schon jetzt wichtige Effizienzpotenziale. In einem weiteren Projekt entwickeln die Beteiligten hochbelastbare Schutzstrukturen für Fahrzeugunterböden aus faserverstärkten Kunststoffen. Sie ersetzen die herkömmlich verwendeten Aluminiumbauteile. Die neuen Komponenten sind um bis zu 30 Prozent leichter und reduzieren den Energieverbrauch der Fahrzeuge während der Nutzung deutlich. Zugleich setzen die Projektpartner gezielt auf ressourcenschonende Materialien und optimierte Fertigungsprozesse. So entwickeln sie Bauteile, die nicht nur funktional und sicher sind, sondern auch Nachhaltigkeitskriterien erfüllen – und bereiten sie gezielt für den Serieneinsatz in elektrifizierten Fahrzeugplattformen vor.



### SEKUNDÄRMATERIALIEN ALS SCHLÜSSEL ZUR KREISLAUFWIRTSCHAFT

Ein weiteres Handlungsfeld liegt im gezielten Einsatz von Sekundärmaterialien. So entwickeln die Beteiligten in einem weiteren Projekt simulationsgestützte Methoden und digitale Zwillinge, um Aluminiumlegierungen, die an verschiedenen Stellen im Herstellungsprozess anfallen, sortenrein aufzubereiten. So stellen sie hochwertiges Sekundäraluminium bereit, das sich präzise auf Anforderungen im Fahrzeugbau abstimmen lässt. Statt Primäraluminium zu verbrauchen, setzen sie gezielt geeignete Sekundärlegierungen ein – und senken damit den Energiebedarf und die CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich. Mit ihren digitalen Werkzeugen können sie Werkstoffe schnell und präzise bewerten und ermöglichen so, schon in der Konstruktionsphase das passende Material gezielt einzusetzen. Auf diese Weise stärken sie die Kreislaufführung und erhöhen gleichzeitig die Prozesssicherheit in der Fertigung.

### LEICHTBAU ALS HEBEL FÜR ENERGIE- UND MATERIALEFFIZIENZ

Die geförderten Projekte zeigen: Leichtbau verbindet Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit. Leichtbau reduziert den Verbrauch von Energie und Material, erschließt neue Lösungen für die Kreislaufwirtschaft und verbessert die technische Leistungsfähigkeit von Produkten. Darüber hinaus entstehen neue Geschäftsmodelle – etwa durch modulare Bauweisen, digitale Vorfertigung oder rückbaufähige Produkte. Leichtbau erhöht so die Unabhängigkeit von volatilen Energie- und Rohstoffmärkten und schafft technologischen Vorsprung. Das macht ihn zu einem strategischen Hebel für die nachhaltige Transformation der Industrie in Deutschland. —

#### KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat IVB4 – Rohstofffonds und Leichtbau  
[schlaglichter@bmwe.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwe.bund.de)

Mehr zum Technologietransfer-Programm Leichtbau (TTP LB) sowie zu Leichtbau-Kompetenzen in Deutschland und Europa:  
<https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Artikel/Technologie/technologietransfer-programm-leichtbau.html>  
<https://leichtbauatlas.de/>



Pilotgruppe aus der Türkei im BMW, Juni 2025

## Neue Chancen für den deutschen Mittelstand – „Partnering in Business with Germany“ erweitert sein Netzwerk um wachstumsstarke Partnerländer

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) fördert mit dem globalen Außenwirtschaftsprogramm „Partnering in Business with Germany“ gezielt kleine und mittlere Unternehmen (KMU) beim Markteintritt in neue, teils schwer zugängliche Märkte. Durch maßgeschneiderte, international ausgerichtete Instrumente wie Partnering in Business with Germany wird die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands gestärkt und langfristige Geschäftsbeziehungen werden aufgebaut.

### ZIELGRUPPE UND WIRKUNG

Das Programm richtet sich an KMU aller Branchen, die ihre Exportaktivitäten ausbauen wollen. 2025 profitierten bereits **2.350 deutsche Unternehmen** von der Unterstützung bei der Geschäftsanhahnung. Zudem werden jedes Jahr rund

**1.000 ausländische Führungskräfte** auf den Markteintritt in Deutschland vorbereitet. Durch die enge Zusammenarbeit mit den Regierungen der jeweiligen Partnerländer können die spezifischen Bedürfnisse beider Seiten berücksichtigt werden und es entsteht ein **globales Netzwerk international agierender KMU**.

### JÜNGSTE PARTNERLÄNDER – FOKUS AUF WACHSTUMSMÄRKTE

Seit dem Start im Jahr 1998 ist das Netzwerk auf **22 Partnerländer** angewachsen. Die jüngsten Zugänge – **Türkei (2024), Brasilien, Kenia, Kolumbien und Indonesien (je 2025)** – unterstreichen die strategische Ausrichtung auf Märkte mit hohem Wachstumspotenzial. Gespräche mit **Malaysia** über einen zeitnahen Programmstart laufen bereits.



**TABELLE 1: HANDELSVOLUMINA UND SCHLÜSSELBRANCHEN**

Land	Handelsvolumen 2024 (Mrd. €) (dt. Export/Import)	Schlüsselbranchen für deutsche KMU
Türkei	51,8 (Export 28,3/ Import 23,5) <sup>1</sup>	Maschinenbau, IT, Automatisierung
Brasilien	22 (Export 13/ Import 9)	Erneuerbare Energien, nachhaltige Landwirtschaft, Infrastruktur
Kenia	0,48 (Export 0,26/ Import 0,22)	Nahrungsmitteltechnologie, IT, Logistik
Kolumbien	3,3 (Export 1,9/ Import 1,4)	Lebensmittelverarbeitung, Industrie 4.0
Indonesien	7,3 (Export 2,9/ Import 4,4)	Nahrungsmitteltechnologie, Agrarprodukte, Konsumgüter

<sup>1</sup> Für 2025 zeichnet sich eine Steigerung auf über 55 Mrd. Euro ab.

## ZIELE UND ERSTE ERGEBNISSE DES BILATERALEN AUSTAUSCHS

### Türkei

Mit dem fünftgrößten Handelspartner Deutschlands außerhalb der EU wurde bereits im September 2024 eine Partnerschaft im Rahmen des „Partnering in Business with Germany“-Programms durch Bundeswirtschaftsminister a.D. Dr. Robert Habeck abgeschlossen. In **zwei Delegationsreisen 2025** türkischer Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen (u.a. Maschinen- und Anlagenbau, IT, Kfz, Strom-/ Gasversorgung) wurden **sieben Verträge und zwei Absichtserklärungen im Wert von insgesamt 11,6 Mio. Euro unterschrieben (Import: 10,1 Mio. Euro; Export: 1,5 Mio. Euro)**. Zwei weitere Gruppenreisen 2026 aus der Türkei nach Deutschland stellen die Themen **Industry 4.0 und Green Technologies/Circular Economy** in den Mittelpunkt.

### Brasilien

Im **Frühjahr 2026** reisen ausgewählte brasilianische Unternehmen mit dem Schwerpunkt Energieeffizienz zur **Hannover Messe**, um Technologiepartner zu finden. Großes Potenzial der traditionell starken Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Brasilien wird insbesondere bei **grünen Investitionen sowie in den Bereichen erneuerbare Energien, Bergbau, nachhaltige Landwirtschaft und Infrastruktur** gesehen.

### Kenia

Im Nachgang zur Onboarding-Reise im Oktober 2025 wird die wirtschaftliche Zusammenarbeit u.a. mit Fokus auf die Branchen **Nahrungsmitteltechnologie, Gesundheitswirtschaft, Fertigungsindustrie, IT-Dienstleistungen, Logistik, Infrastrukturtechnik und Bauwesen** abgestimmt.

### Kolumbien

Eine Pilotgruppe von **16 kolumbianischen Unternehmen** überwiegend aus der Lebensmittelbranche besuchte Deutschland im **November 2025** und dort u.a. die **Messe Agritechnica** (Hannover). Der Besuch wurde von beiden Seiten als sehr produktiv gelobt; so wurde bereits ein Vorvertrag unterzeichnet.

### Indonesien

Im **Juli 2025** startete die Pilotphase mit **21 Unternehmen der indonesischen Nahrungsmittelindustrie**; während eines dreiwöchigen Deutschlandaufenthalts sollen Kontakte zu potenziellen Import-, Distributions- und Kooperationspartnern sowie Technologielieferanten geknüpft werden, u. a. auch auf der **Grünen Woche** und der **Internationalen Süßwarenmesse**. Von dem im September 2025 abgeschlossenen **Freihandelsabkommen** zwischen der EU und Indonesien erhofft man sich einen weiteren Anstieg des Handelsvolumens.

## AUSBLICK

Durch die enge Abstimmung zwischen dem BMW, den jeweiligen Ministerien der Partnerländer und lokalen Durchführungsorganisationen entsteht ein nachhaltiges Netzwerk, das deutschen KMU den strukturierten Markteintritt erleichtert und gleichzeitig den Partnerländern Zugang zu deutschen Technologien und Know-how bietet. Die Evaluation der bisherigen Pilotprojekte bildet die Basis für die nächsten Kooperationsschwerpunkte und garantiert langfristig gewinnbringende Partnerschaften.

## FAZIT

„Partnering in Business with Germany“ liefert dem deutschen Mittelstand seit über 25 Jahren ein leistungsfähiges Instrument, um in dynamischen Wachstumsmärkten Fuß zu fassen. Die jüngsten Erweiterungen des Partnernetzwerks öffnen neue Türen für Innovation, Investitionen und stabile Handelsbeziehungen – ein entscheidender Baustein für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und eine entschiedene Stärkung deutscher KMU. —

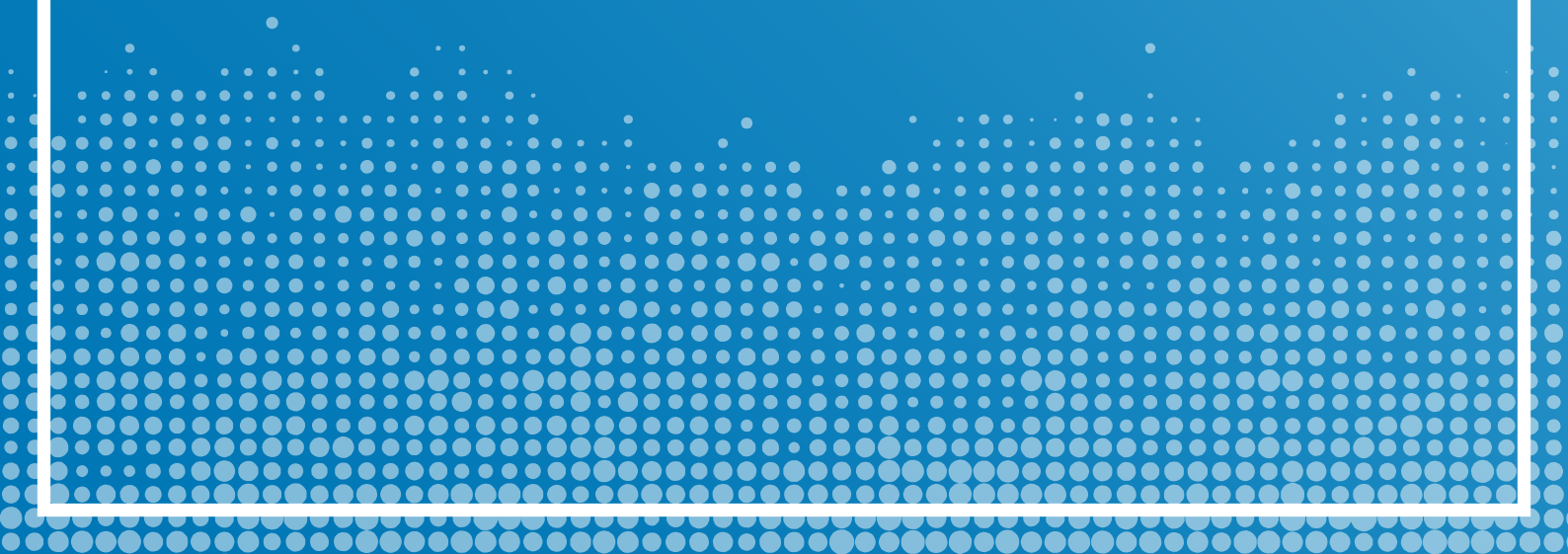
### KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat VB4-PG – Partnering in Business with Germany – das Partnerschaftsprogramm für Unternehmenskooperation  
[schlaglichter@bmwe.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwe.bund.de)  
<https://partnering-in-business.de/>

**K**



**KONJUNKTUR**



# DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

## in Deutschland im Februar 2026<sup>1</sup>

### IN KÜRZE

**Aktuelle Indikatoren deuten nach einer leichten Belebung im vierten Quartal 2025 auf eine fortgesetzte konjunkturelle Erholung zu Jahresbeginn hin:** Die starke Zunahme der Industrieaufträge zum Jahresende spricht für eine allmähliche Belebung der industriellen Aktivität im weiteren Jahresverlauf. Die Unternehmensstimmung hat sich tendenziell aufgehellt, wenn auch ausgehend von einem niedrigen Niveau. Auf der Verbraucherseite verbesserte sich die Konsumstimmung zuletzt schrittweise. Insgesamt mehren sich die Anzeichen, dass die bislang fragile konjunkturelle Erholung, auch getragen von der zunehmenden Nachfrage im Zuge der Beschaffungen im Verteidigungsbereich sowie des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität, an Stabilität gewinnt.

**Die Industriekonjunktur zeigt zum Jahresende ein uneinheitliches Bild: Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ging – nach einer spürbaren Produktionsausweitung in den Vormonaten – mit -1,9 Prozent deutlich zurück.** Sowohl die Industrieproduktion als auch der Energiebereich haben sich spürbar abgeschwächt. Im Baugewerbe stieg die Produktion dagegen an. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe nahmen dagegen im Dezember mit +7,8 Prozent deutlich zu, getragen vor allem von inländischen Großaufträgen. Der Produktionsrückgang im Dezember ist daher eher als Atempause zu sehen.

**Die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel (saisonbereinigt, ohne Kfz) sind im Dezember um 0,8 Prozent gegenüber dem Vormonat gestiegen, nachdem der Novemberwert leicht nach unten revidiert wurde.** Das Gesamtjahr 2025 schloss der Einzelhandel nach vorläufigen Zahlen – auch bedingt durch einen Sondereffekt – mit einem Plus von 2,8 Prozent ab. Bei den Pkw-Neuzulassungen durch Privatpersonen zeigt sich im Januar im Vormonatsvergleich ein Minus von 13,9 Prozent; in der Dreimonatsbetrachtung ein Rückgang von 4,5 Prozent. Das Stimmungsbild deutet am aktuellen Rand insgesamt auf eine leichte Aufhellung der Konsumententwicklung zum Jahresbeginn 2026 hin.

**Die Inflation betrug im Januar 2026 2,1 Prozent und lag damit etwas höher als noch im Dezember mit 1,8 Prozent.** Der Preisauftrieb geht weiter maßgeblich von Dienstleistungen aus, die die preisdämpfenden Effekte sinkender Energiepreise kompensieren. Dazu kommen wieder stärker gestiegene Nahrungsmittelpreise. Die Preisentwicklung bei Industriegütern blieb dagegen moderat. Insgesamt wird die Inflation weiter von binnenwirtschaftlichen Faktoren bestimmt, insb. von Löhnen und Kosten in Dienstleistungsbranchen wie Pflege, Gesundheit und sonstigen sozialen Dienstleistungen, während Importpreise und Energiepreise insgesamt weiterhin dämpfend wirken.


**Im Januar stagnierte die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit, während die Zahl der Erwerbstätigen im Dezember einen leichten Rückgang verzeichnete (-6 Tsd.).** Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm im November etwas ab (-5 Tsd.). Angesichts weiterhin gedämpfter Frühindikatoren und des fortschreitenden demografischen Wandels bleibt der Arbeitsmarkt zu Jahresbeginn weiter ohne Dynamik.

**Der IWH-Insolvenztrend für Personen- und Kapitalgesellschaften weist für Januar einen Rückgang von 8 Prozent gegenüber dem Vormonat sowie einen Anstieg von 4 Prozent gegenüber Januar 2025 aus.**

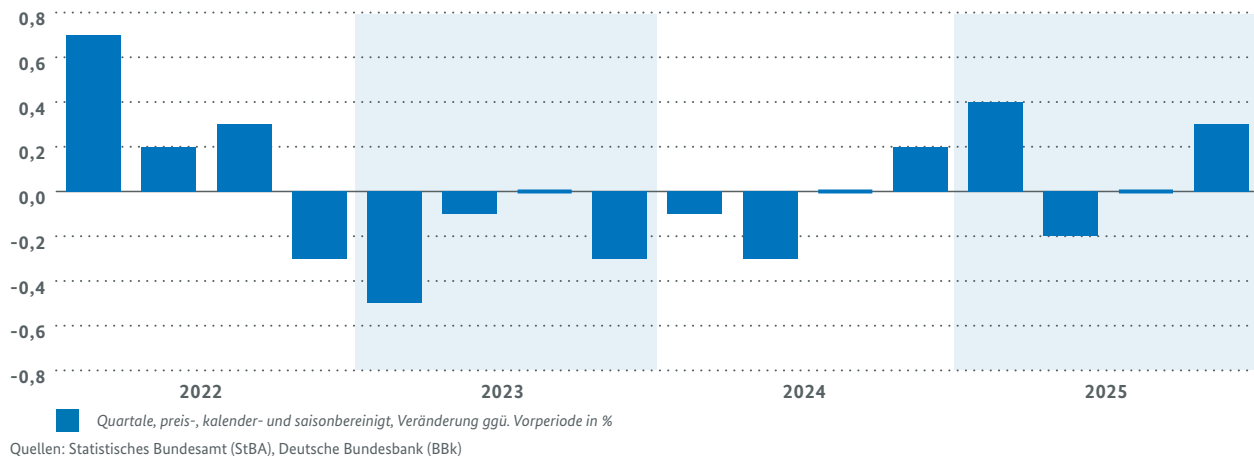
### DIE KONJUNKTURELLE ERHOLUNG GEWINNT AN STABILITÄT

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland verlief zum Jahresende 2025 etwas günstiger als zuvor angenommen: Laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes hat die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2025 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal zugenommen – und damit etwas mehr als in der ersten vorläufigen Schätzung von Mitte Januar gemeldet. Wachstumsbeiträge gingen dabei laut Statistischem Bundesamt insbesondere von der Binnennachfrage aus, vor allem den privaten und staatlichen Konsumausgaben. Aber auch die Investitionstätigkeit, insbesondere im Bau, dürfte sich vor dem Hintergrund der bisher vorliegenden Daten weiter erholt haben.

Aktuelle Indikatoren deuten zu Jahresbeginn auf eine fortgesetzte konjunkturelle Erholung hin. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind zum Jahresende kräftig gestiegen, wobei vor allem vom Inland wesentliche Impulse ausgingen. Aber auch von außenwirtschaftlicher Seite zeigten sich zuletzt positive Signale: Die Auftrags-eingänge aus dem Ausland, insbesondere außerhalb der Eurozone, haben zum Jahresende spürbar zugenommen, und die Warenausfuhren wiesen im Dezember den höchsten monatlichen Zuwachs seit über vier Jahren auf.

Auch wenn sich die Industrieproduktion im Dezember spürbar abgeschwächt hat, deutet die anhaltende, deutliche Verbesserung der Auftragslage auf eine Trendwende bei der Industriekonjunktur in den kommenden Monaten hin. Vor diesem Hintergrund hat sich auch die Stimmung in den Unternehmen zuletzt wieder etwas aufgehellt. Der ifo Geschäftsklimaindex verharrte im Januar bei 87,6 Punkten, wobei sich jedoch die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe merklich aufhellte: Die Unternehmen waren zufriedener mit den laufenden Geschäften und auch die Erwartungen fielen deutlich weniger skeptisch aus. Vor dem Hintergrund der jüngsten Belebung der Auslandsaufträge tendierten auch die Exporterwartungen zuletzt etwas günstiger. Gleichzeitig signalisierte der S&P-Einkaufsmanager-Composite-Index im Januar eine leichte Expansion der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. 

<sup>1</sup> In diesem Bericht werden Daten genutzt, die bis zum 17. Februar 2026 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preis-, kalender- und saisonbereinigter Daten.

**BRUTTOINLANDSPRODUKT**

Die Dynamik im privaten Dienstleistungssektor hat sich dagegen zuletzt etwas abgeschwächt. Die konsumnahen Dienstleistungen stagnierten, wobei lediglich das Gastgewerbe spürbar zulegte. Auch die unternehmensnahen Dienstleister büßten an Dynamik ein, was sich in jüngsten Unternehmensumfragen widerspiegelt. Demnach hat sich das Geschäftsklima im Dienstleistungssektor etwas eingetrübt; die Unternehmen beurteilten sowohl die aktuelle Lage als auch die Erwartungen skeptischer. Günstiger stellt sich die Stimmung allein im Handel dar, der sich merklich zufriedener mit der Geschäftslage zeigte. Auch die Indikatoren zur Verbraucherstimmung deuten am aktuellen Rand auf eine etwas verbesserte Konsumlaune hin, wenn auch weiterhin ausgehend von einem niedrigen Niveau. Für Februar zeigt das GfK-Konsumklima eine leichte Erholung an, wobei sich sowohl die Konjunktur- und Einkommenserwartung als auch die Anschaffungsneigung verbesserte. Auch das HDE-Konsumbarometer legte zuletzt zu und erreichte im Februar den höchsten Stand seit August 2025.

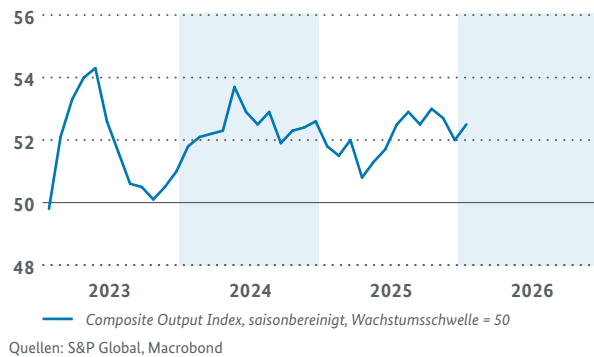
Insgesamt mehren sich die Anzeichen, dass die bislang fragile konjunkturelle Erholung an Stabilität gewinnt. Vor allem von der zunehmenden Nachfrage im Zuge der Beschaffungen im Verteidigungsbereich sowie des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität dürften im weiteren Jahresverlauf wesentliche Impulse für die Industriekonjunktur ausgehen, die die gesamtwirtschaftliche Erholung stützen.

**ROBUSTE WELTWIRTSCHAFT BEI UNSTETEM WELTHANDEL**

Die weltweite Industrieproduktion ist im November erneut gegenüber dem Vormonat zurückgegangen, lag damit aber immer noch um 2,3 Prozent über dem Wert des Vorjahresmonats. Während in den Industrieländern geringfügig mehr als im Oktober produziert wurde, ging die Ausbringungsmenge in den Schwellenländern, insbesondere in Osteuropa und China, um 1,3 Prozent zurück. Für den Start in das Jahr 2026 deuten Frühindikatoren wieder auf eine zunehmende weltwirtschaftliche Dynamik hin: Der Einkaufsmanagerindex von S&P Global für die Weltwirtschaft ist im Januar leicht gestiegen, von 52,0 auf 52,5 Punkte. Damit liegt er oberhalb der Wachstumsschwelle von 50 Punkten und deutet auf ein moderates weltwirtschaftliches Wachstum hin. Eine leichte Verbesserung der Stimmung gegenüber dem Vormonat war sowohl im Dienstleistungsbereich als auch in der Industrie zu verzeichnen. Auch die Konjunkturerwartungen an den Finanzmärkten weisen am aktuellen Rand aufwärts. Laut Sentix-Index hat sich die Stimmung der Finanzakteure mit Blick auf die Weltwirtschaft zum sechsten Mal in Folge verbessert. Hierzu trug neben dem Hauptmotor Asien zuletzt auch eine spürbar positivere Einschätzung für den Euroraum bei.



## EINKAUFSMANAGERINDEX WELT S&P GLOBAL



Beim Welthandel setzt sich das Auf und Ab fort. Nach einem Rückgang im Oktober ist der weltweite Warenhandel im November wieder um 2,2 Prozent gegenüber dem Vormonat gestiegen. Damit lag er um kräftige 5,3 Prozent über dem Vorjahresmonat. Da für die USA infolge des Shutdowns für den November noch keine Außenhandelsdaten vorlagen, sind die Daten allerdings mit größerer Unsicherheit behaftet als üblich. Für das Jahresende 2025 deuten Containerumschlagsdaten auf eine weiter zunehmende Handelsaktivität hin. So ist der RWI/ISL-Containerumschlag-Index im Dezember – vor allem dank des deutlich steigenden Güterumschlags in den chinesischen Häfen – saisonbereinigt von 142,0 auf 143,2 Zähler gestiegen. In den europäischen Häfen ging er dagegen nach dem vorangegangenen deutlichen Anstieg leicht zurück.

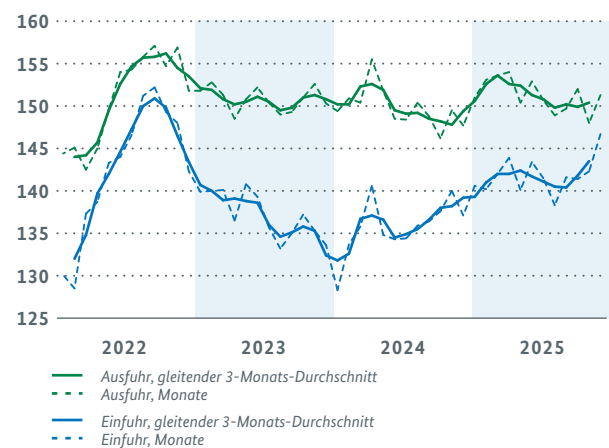
Insgesamt rechnen internationale Organisationen wie der IWF nach einem Plus von rund vier Prozent im vergangenen Jahr für das Jahr 2026 mit einer Verlangsamung des globalen Handelswachstums auf 2 ½ Prozent. Einerseits werden die Effekte von Zollanhebungen und anhaltender handelspolitischer Unsicherheit nach dem Abklingen der Vorzieheffekte zu Beginn des Jahres 2025 zunehmend sichtbar; insbesondere die US-Importe dürften sich im laufenden Jahr laut Analysteneinschätzungen abschwächen. Andererseits dürften sich die Investitionen im KI-Bereich weiterhin dynamisch entwickeln und damit ein wesentlicher Treiber für die globale Handelsaktivität bleiben, insbesondere bei Halbleitern, Prozessoren und Rohstoffen für den Hightech-Bereich.

## AUSLANDSGESCHÄFT LEGT ZUM JAHRESENDE ZU

Zum Jahresende sind die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen mit +2,2 Prozent im Dezember saison- und kalenderbereinigt nach dem vorangegangenen Rückgang wieder gestiegen. Während bei den Dienstleistungsexporten ein deutliches Minus von 5,6 Prozent zu Buche schlug, expandierten die Warenexporte mit +4,9 Prozent außerordentlich kräftig. Sowohl in die EU- als auch in die Nicht-EU-Länder wurden deutlich mehr Waren geliefert als im Vormonat, wobei die Ausfuhren in die USA mit +8,9 Prozent und nach China mit +10,7 Prozent besonders stark zulegten. Die im Verlauf des Jahres kumulierten Rückgänge konnten damit jedoch nur zum Teil ausgeglichen werden: So ist im Vergleich zum Dezember 2024 noch immer ein deutliches Minus von 9,7 Prozent bei den Ausfuhren in die USA zu verzeichnen. Insgesamt haben die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen im vierten Quartal um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal zugelegt. Die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen stiegen im Dezember mit +3,1 Prozent erneut gegenüber dem Vormonat. Sowohl die Wareneinfuhren aus EU-Ländern als auch aus Drittstaaten nahmen zu, wobei die Importe aus den USA und aus China überproportional expandierten. Im Vergleich zum dritten Quartal lagen die Einfuhren im Schlussquartal 2025 insgesamt um 2,1 Prozent im Plus. Der monatliche Überschuss im Handel mit Waren und Dienstleistungen ging infolge des stärkeren Zuwachses der Importe im Vergleich zu den Exporten von 5,7 Milliarden Euro auf 4,6 Milliarden Euro zurück. Für das Gesamtjahr 2025 lag der Außenhandelsüberschuss bei 107,3 Milliarden Euro, und damit um 36 Prozent unter dem Vorjahresniveau. →

## EIN- UND AUSFUHREN (WAREN & DIENSTLEISTUNGEN)

in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik Deutsche Bundesbank (BBk)

**AUSSENHANDEL\***

	3.Q.	4.Q.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)</b>					
Veränderung gegenüber Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
<b>AUSFUHR</b>	-1,7	0,4	1,5	-2,6	2,2
<b>EINFUHR</b>	-1,4	2,1	-0,2	0,6	3,1
<b>AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)</b>					
Veränderung gegenüber Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
<b>AUSFUHR</b>	0,9	2,7	4,3	-1,6	6,0
Eurozone	6,3	8,0	9,5	4,4	10,3
EU Nicht-Eurozone	5,9	7,3	8,9	3,7	9,9
Drittländer	-5,0	-3,3	-2,0	-8,3	1,2
<b>EINFUHR</b>	4,0	4,6	2,2	3,9	8,4
Eurozone	2,9	7,1	5,7	4,2	12,2
EU Nicht-Eurozone	5,1	5,6	6,1	2,8	8,2
Drittländer	4,3	2,6	-1,7	4,2	5,9

\* Angaben in jeweiligen Preisen

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

Die Einfuhrpreise sind im Dezember nach den vorangegangenen Anstiegen saisonbereinigt um 0,2 Prozent gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Grund hierfür waren geringere Energie- und Rohstoffpreise. Da die Ausfuhrpreise gleichzeitig leicht um 0,1 Prozent stiegen, verbesserten sich die Terms of Trade im Vormonatsvergleich um 0,3 Prozent. In realer Rechnung dürfte der Anstieg der Ausfuhren damit etwas schwächer und der Anstieg der Einfuhren etwas stärker ausgefallen sein.

Die Frühindikatoren für den Außenhandel haben sich zum Jahreswechsel aufgehellt: Laut ifo Exporterwartungen blickten die Unternehmen zuletzt weniger skeptisch auf ihr Auslandsgeschäft, der Indikator blieb im Januar aber mit einem Anstieg von -3,0 auf -1,2 Saldenpunkte weiter im negativen Bereich. Erfreulich ist, dass der Automobilbau und die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen mit zunehmenden Exporten rechnen. Im gewichtigen Maschinenbau bleiben die Erwartungen aber pessimistisch.

Auch die Auftragseingänge aus dem Ausland scheinen sich zu beleben. Sie sind im Dezember infolge von Großaufträgen mit saisonbereinigt +5,6 Prozent gegenüber dem Vormonat den zweiten Monat in Folge kräftig gestiegen. Aufträge aus dem Euroraum gingen zwar leicht zurück, liegen im Dreimonatsvergleich mit +6,2 Prozent aber weiter deutlich im Plus. Auch ohne Großaufträge war ein leichtes Plus von 0,8 Prozent bei den Aufträgen aus dem Ausland zu verzeichnen.

Die Exportwirtschaft hat das von hohen Schwankungen geprägte Jahr 2025 mit einem unerwartet starken Monat beendet. Vor dem Hintergrund zuletzt wieder gestiegener Exporterwartungen und Auftragseingänge aus dem Ausland deutet sich damit zum Jahresbeginn eine vorsichtige Erholung an. Auch die Weltwirtschaft zeigt sich weiterhin robust.

Angesichts struktureller Herausforderungen und weiterhin hoher geopolitischer Unsicherheiten bleibt die weitere Entwicklung jedoch insgesamt fragil.

**PRODUKTION UND AUFTRAGSEINGÄNGE IM DEZEMBER UNEINHEITLICH**

Nach zuvor dreimaligen Anstiegen hat sich die Produktion im Produzierenden Gewerbe im Dezember spürbar abgeschwächt. Im Vormonatsvergleich verringerte sie sich preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,9 Prozent. Im gesamten vierten Quartal liegt der Ausstoß im Produzierenden Gewerbe damit aber noch knapp ein Prozent über dem Vorquartal bzw. kalenderbereinigt 0,4 Prozent über dem Niveau des vierten Quartals 2024.

Insbesondere die Industrieproduktion hat sich im Dezember mit einem Rückgang um 3,0 Prozent im Vormonatsvergleich deutlich abgeschwächt, aber auch die Energieproduktion musste einen Rückgang verzeichnen (-1,8 Prozent). Lediglich im Baugewerbe stieg die Ausbringungsmenge mit einem Plus von 3,0 Prozent deutlich.

Innerhalb der Industrie wies vor allem die zuvor kräftig gestiegene Ausbringung der Investitionsgüterproduzenten (-5,3 Prozent) wie auch die der Vorleistungsgüterproduzenten (-1,2 Prozent) Rückgänge gegenüber dem Vormonat auf. Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten verzeichneten dagegen leichte Zuwächse. Im Baugewerbe zeigte sich sowohl im Bauhauptgewerbe (+4,4 Prozent) als auch im Hoch- (+8,4 Prozent) und Tiefbau (+0,6 Prozent) im Dezember eine Belebung, die auch auf die vergleichsweise milde Witterung zum Jahresende zurückzuführen sein dürfte.

Die einzelnen Wirtschaftszweige der Industrie zeigten erneut eine uneinheitliche Entwicklung: Produktionsausweitungen fanden vor allem im sonstigen Fahrzeugbau (+10,5 Prozent), bei der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektrischen und optischen Erzeugnissen (+3,8 Prozent), der Herstellung von Metallerzeugnissen (+3,2 Prozent) sowie der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (+2,4 Prozent) statt. Eingeschränkt wurde die Produktion dagegen in den gewichtigen Branchen Kfz und Kfz-Teile (-8,9 Prozent), dem Maschinenbau (-6,8 Prozent), der Herstellung von chemischen (-2,4 Prozent) und pharmazeutischen Erzeugnissen (-1,8 Prozent) wie auch der Reparatur und Installation von Maschinen (-17,6 Prozent). Auch die Produktion der energieintensiven Industrien war mit -0,9 Prozent im Vormonatsvergleich erneut abwärtsgerichtet.

Im Quartalsvergleich zeigten sich sowohl die Industrieproduktion (+1,0 Prozent) als auch das Baugewerbe (+1,8 Prozent) zum Jahresende recht robust. Lediglich die Energieproduktion unterschritt mit -1,2 Prozent das Niveau des dritten Quartals.

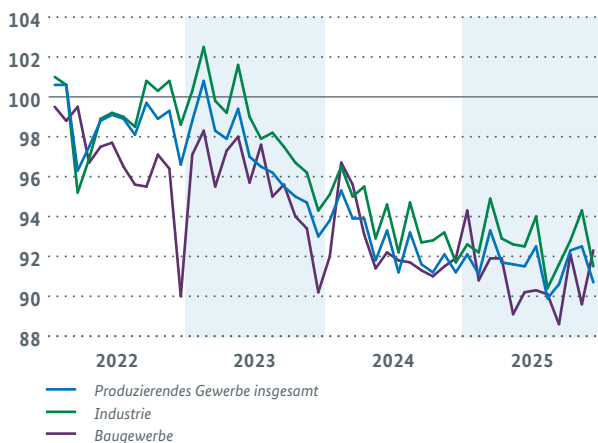


Im Gegensatz zur Industrieproduktion erhöhten sich die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im Dezember weiter kräftig: Das Ordervolumen stieg preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber November um deutliche 7,8 Prozent. Wie bereits im Vormonat sind inländische Großaufträge ein zentraler Treiber der Auftragseingänge. Auch ohne Großaufträge legten die Auftragseingänge im Dezember um 0,9 Prozent zu. Verglichen mit Dezember 2024 lagen die Auftragseingänge insgesamt deutlich um 13,0 Prozent höher.

Die stärkste Nachfragedynamik kam erneut aus dem Inland, von wo die Bestellungen – auch beflügelt durch Großaufträge – deutlich um 10,7 Prozent gegenüber November zulegen. Auch die Nachfrage aus Ländern außerhalb der Eurozone zog mit +9,7 Prozent kräftig an, während die Order aus der Eurozone verglichen mit November um 0,6 Prozent zurückgingen.

### PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Volumenindex (2021 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

In den einzelnen Gütergruppen erhöhten sich die Auftrags-eingänge gegenüber November insbesondere bei den Produzenten von Investitionsgütern (+10,5 Prozent) und von Vorleistungsgütern (+5,7 Prozent); die Bestellungen bei Verbrauchsgüter- und Gebrauchsgüterproduzenten waren dagegen rückläufig.

Die überwiegende Mehrheit der Wirtschaftszweige registrierte höhere Auftragseingänge: Die größten Zuwächse im Vormonatsvergleich kamen aus dem Bereich der Metallergzeugnisse (+30,2 Prozent), des Maschinenbaus (+11,5 Prozent), der elektrischen Ausrüstungen (+9,8 Prozent), der Metallherzeugung (+5,1 Prozent) und der Chemie (+4,7 Pro-

### INDUSTRIE

Veränderung gegenüber Vorzeitraum in %  
(Volumen, saisonbereinigt)

	3.Q.	4.Q.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>PRODUKTION</b>					
<b>Insgesamt</b>	-0,7	0,9	1,3	1,6	-3,0
Vorleistungsgüter	0,4	-0,3	0,6	-0,9	-1,2
Investitionsgüter	-1,2	1,9	1,6	4,1	-5,3
Konsumgüter	-1,5	1,0	1,9	-0,3	0,5
<b>UMSÄTZE</b>					
<b>Insgesamt</b>	-1,2	0,0	0,4	2,9	-1,4
Inland	0,1	0,3	-0,7	2,2	-1,6
Ausland	-2,4	-0,3	1,5	3,5	-1,1
<b>AUFTRAGSEINGÄNGE</b>					
<b>Insgesamt</b>	-2,5	9,6	1,6	5,7	7,8
Inland	-0,1	19,2	10,0	6,4	10,7
Ausland	-4,0	3,2	-3,8	5,2	5,6
Vorleistungsgüter	1,4	1,6	-3,4	-0,2	5,7
Investitionsgüter	-5,3	15,1	5,3	8,5	10,5
Konsumgüter	1,6	4,4	-1,7	10,2	-5,3

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

zent), getragen durch Aufträge aus dem Inland wie auch der Nachfrage außerhalb der Eurozone. Auftragseingänge in der gewichtigen Kfz-Industrie fielen allerdings um 6,3 Prozent deutlich gegenüber November – hier belasteten vor allem rückläufige Aufträge aus dem Ausland jenseits der Eurozone. Die Auftragseingänge im sonstigen Fahrzeugbau verringerten sich nach den sehr kräftigen, durch Großaufträge dominierten Zuwächsen in den vergangenen Monaten um 18,7 Prozent, wobei sich die Nachfrage aus dem Nicht-Euroraum zuletzt belebte.

Bereits seit einigen Monaten führen inländische Großaufträge – insbesondere in Verbindung mit öffentlichen Beschaffungen im Rahmen der Modernisierung der Bundeswehr wie auch mit Aufträgen im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität – zu Ausschlägen bei den monatlichen Auftragseingängen. Demgegenüber entwickeln sich die Auftragseingänge aus dem Ausland angesichts der handels- und geopolitischen Unwägbarkeiten tendenziell schwächer und unter stärkeren Schwankungen.

Insgesamt zeigt die Industriekonjunktur zum Jahresende ein gemischtes Bild. Zwar hat sich mit den vorliegenden Produktionszahlen die Ausgangslage etwas eingetrübt. Angesichts der spürbaren Produktionsausweitung in den Vormonaten ist der Rückgang im Dezember jedoch eher als Atempause zu sehen. Der kräftige, vor allem vom Inland getragene Anstieg der Auftragseingänge deutet auf eine fortgesetzte Erholung der Industrieproduktion in den kommenden Monaten hin.



## ERLÖSE IM EINZELHANDEL GESTIEGEN; STIMMUNGSINDIKATOREN LEICHT AUFGEHELLT

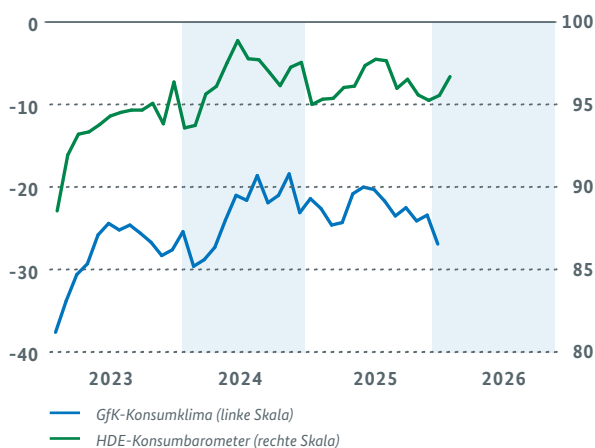
Die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel (saisonbereinigt, ohne Kfz) sind im Dezember um 0,8 Prozent gegenüber dem Vormonat gestiegen, nachdem der Novemberwert leicht nach unten revidiert wurde. Während der Handel mit Lebensmitteln mit 1,9 Prozent im Vergleich zum Vormonat zulegen, gab der Umsatz mit Nicht-Lebensmitteln um 0,2 Prozent nach. Gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichnete der Einzelhandel im Dezember ein Plus von 2,1 Prozent, wobei der Handel mit Lebensmitteln um 2,7 Prozent und der Umsatz mit Nicht-Lebensmitteln um 1,7 Prozent zulegen. Im vierten Quartal 2025 zeigte sich der Gesamtumsatz im Einzelhandel mit +0,5 Prozent ebenfalls leicht aufwärtsgerichtet, wobei die relative Entwicklung der Umsätze mit Nicht-Lebensmitteln leicht rückläufig (-0,1 Prozent) sowie schwächer als die mit Lebensmitteln (+1,2 Prozent) war. Das Gesamtjahr 2025 schloss der Einzelhandel nach vorläufigen Zahlen mit einem Plus von 2,8 Prozent ab (real, Originalwerte; 2024: +1,3 Prozent); Umsatztreiber war insbesondere der Internet- und Versandhandel. Allerdings kam bei diesem Aufwuchs ein Sondereffekt – die erstmalige Berücksichtigung von Umsätzen eines großen Onlinehandelsunternehmens – zum Tragen.

Der Umsatz im Gastgewerbe stieg im November ggü. dem Vormonat nominal um 2,8 Prozent und preisbereinigt um 2,5 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichnete das Gastgewerbe ein nominales Umsatzplus von 2,2 Prozent, in realer Rechnung hingegen ein Minus von 1,2 Prozent.

Die Neuzulassungen von Pkw insgesamt sind im Januar im Vormonatsvergleich um 9,5 Prozent gesunken; in der Dreimonatsbetrachtung gingen sie um 4,2 Prozent zurück. Gegenüber Januar 2025 ergab sich ein Minus von 6,6 Prozent. Bei den Pkw-Neuzulassungen durch Privatpersonen zeigt sich im Vormonatsvergleich ein Rückgang von 13,9 Prozent und in der Dreimonatsbetrachtung eine Abnahme um 4,5 Prozent. Im Vergleich zum Januar 2025 lagen die Neuzulassungen durch Privatpersonen um 14,4 Prozent niedriger. Pkw-Neuzulassungen von Unternehmen und Selbstständigen reduzierten sich im Januar um 7,3 Prozent gegenüber dem Vormonat und sanken sowohl in der Dreimonats- als auch Jahresbetrachtung.

## GfK-KONSUMKLIMA UND HDE-KONSUMBAROMETER

GfK-Konsumklima, saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; HDE-Konsumbarometer, Index Januar 2017 = 100



Quellen: Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), Handelsverband Deutschland (HDE e. V.)

Nachdem sich der private Konsum zum Jahresende 2025 etwas belebt hat, deuten die Frühindikatoren auf eine Fortsetzung der positiven Konsumententwicklung zu Jahresbeginn hin.

Laut Prognose der GfK wird sich das Konsumklima im Februar mit einer Zunahme von 2,8 Zählern auf -24,1 Punkte aufhellen, während es im Januar um 3,5 Punkte auf -26,9 gesunken ist. Positiv wirkte sich vor allem der deutliche Anstieg der Einkommenserwartungen aus. Auch die Anschaffungsneigung legte zu, während die Sparneigung nur geringfügig abnahm, aber auf hohem Niveau verblieb. Die Konjunkturerwartungen, die nicht Teil der Berechnung des GfK-Konsumklimas sind, stiegen spürbar an. Das HDE-Konsumbarometer verzeichnete im Februar die zweite leichte Zunahme in Folge. Das ifo Geschäftsklima im Einzelhandel (inkl. Kfz) kletterte im Januar um 4,5 Zähler auf 24,0 Punkte. Basis dieser Aufhellung sind deutlich gestiegene Geschäftserwartungen, die sich mit -27,0 Zählern jedoch weiterhin im negativen Bereich bewegen. Auch die aktuelle Geschäftslage wurde weniger skeptisch beurteilt als noch im Dezember. Das Stimmungsbild deutet am aktuellen Rand insgesamt auf eine leichte Aufhellung der Konsumententwicklung zum Jahresbeginn 2026 hin. Die Indikatoren bewegen sich jedoch weiterhin ganz überwiegend im negativen Bereich und signalisieren eine grundlegende Zurückhaltung der Verbraucherinnen und Verbraucher. Auch wenn sich aufgrund von Lohnzuwächsen, u.a. infolge des Mindestlohnanstiegs zum 1. Januar 2026, und gesunkenen Inflations Sorgen die Verbraucherstimmung etwas aufgehellt hat, dürfte ein nachhaltiger Aufschwung des privaten Konsums maßgeblich von der weiteren Entwicklung des Arbeitsmarkts abhängen.



## INFLATION ZU JAHRESBEGINN LEICHT GESTIEGEN

Die vorläufige Inflationsrate lag im Januar bei +2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr und war damit etwas höher als der Dezemberwert von 1,8 Prozent. Im Vormonatsvergleich erhöhten sich die Verbraucherpreise um 0,1 Prozent. Die Kerninflation lag im Januar mit +2,5 Prozent erneut deutlich über der Gesamtinflation. Dienstleistungspreise stiegen um 3,2 Prozent, während Warenpreise um 1,0 Prozent zulegten. Die Nahrungsmittelpreisinflation beschleunigte sich auf +2,1 Prozent und liegt damit in etwa auf dem 12-Monats-Durchschnitt. Energiepreise fielen um 1,7 Prozent.

### VERBRAUCHERPREISINDEX

Veränderung in %	gegenüber Vormonat		gegenüber Vorjahresmonat	
	Dez.	Jan.	Dez.	Jan.
Insgesamt	0,0	0,1	1,8	2,1
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,3	-0,3	2,4	2,5
Nahrungsmittel	-0,1	1,0	0,8	2,1
Wohnung, Betriebskosten	0,0	-0,1	1,5	1,2
Gesundheitspflege	-0,2	0,9	2,5	1,9
Verkehr	0,5	0,4	2,3	2,2
Nachrichtenübermittlung	0,0	0,2	0,0	-0,5
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	0,4	-1,6	0,6	1,5
Bildungswesen	0,1	1,4	5,1	4,8
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,2	0,1	3,6	3,3
Energie	-1,1	0,8	-1,3	-1,7
Kraftstoffe	-2,2	5,6	-0,7	0,5
Dienstleistungen	0,6	-0,2	3,5	3,2
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,0	0,2	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Der Preisauftrieb wird weiter maßgeblich durch Dienstleistungen getragen – steigende Preise in personalintensiven Bereichen erklären den Großteil der Gesamtinflation und kompensieren die preisdämpfenden Effekte sinkender Energiepreise. Dazu kommen überproportional stark gestiegene Nahrungsmittelpreise. Der Preisauftrieb bei Industriegütern blieb dagegen moderat. Insgesamt wird die Inflation weiter von binnenwirtschaftlichen Faktoren bestimmt, insb. von Löhnen und Kosten in Dienstleistungsbranchen wie Pflege,

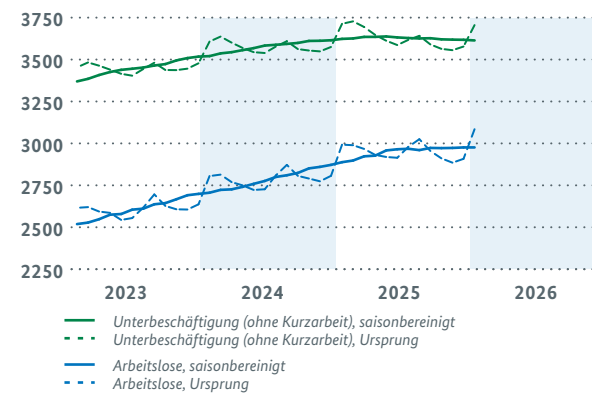
Gesundheit und sonstigen sozialen Dienstleistungen, während Import- und Energiepreise insgesamt weiterhin entlastend wirken. Dämpfende Effekte ergeben sich weiterhin aus staatlichen Maßnahmen wie gesenkten Netzentgelten, dem Wegfall der Gasspeicherumlage und steuerlichen Entlastungen im Gastronomiebereich. Auf Erzeugerebene wirken sinkende Preise für landwirtschaftliche Güter mittelfristig preisdämpfend auf Nahrungsmittel, während sich die Preise von Industriegütern zuletzt stabilisierten und Dienstleistungspreise auch hier weiter zulegten.

## ARBEITSMARKTAUSBLICK BLEIBT ZU JAHRESBEGINN VERHALTEN

Der Arbeitsmarkt befindet sich weiterhin in der Stagnation. Im Januar blieb die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit unverändert (+0 Tsd.), die Unterbeschäftigung ging jedoch erneut leicht zurück (-4 Tsd. Personen). Die Zahl der Erwerbstätigen verzeichnete im Dezember einen leichten Rückgang (-6 Tsd.) und auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm im November etwas ab (-5 Tsd.). Im Vorjahresvergleich war der Rückgang mit -17 Tsd. Personen spürbarer, worin sich auch der fortschreitende demografische Wandel zeigt. Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit nahm im November leicht zu (+6 Tsd. Personen) und bewegt sich damit weiterhin auf erhöhtem Niveau.



## ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), IAB, Deutsche Bundesbank (BBk)

**ARBEITSMARKT****ARBEITSLOSE (SGB II und III)**

	3.Q.	4.Q.	Nov.	Dez.	Jan.
<i>in Mio. (Ursprungszahlen)</i>	2,986	2,901	2,885	2,908	3,085
<i>gegenüber Vorjahr in 1.000</i>	157	111	111	101	92
<i>gegenüber Vorperiode in 1.000*</i>	17	7	1	3	0
<i>Arbeitslosenquote</i>	6,3	6,2	6,1	6,2	6,6

**ERWERBSTÄTIGE (Inland)**

	3.Q.	4.Q.	Okt.	Nov.	Dez.
<i>in Mio. (Ursprungszahlen)</i>	46,0	46,1	46,2	46,2	46,0
<i>gegenüber Vorjahr in 1.000</i>	-16	-58	-41	-60	-74
<i>gegenüber Vorperiode in 1.000*</i>	-40	-25	-4	-7	-6

**SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE**

	2.Q.	3.Q.	Sep.	Okt.	Nov.
<i>in Mio. (Ursprungszahlen)</i>	34,9	35,0	35,2	35,2	35,2
<i>gegenüber Vorjahr in 1.000</i>	36	12	-2	-9	-17
<i>gegenüber Vorperiode in 1.000*</i>	-5	-7	4	3	-5

\* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Frühindikatoren deuten bisher nicht auf eine Belebung des Arbeitsmarktes hin: Das IAB-Beschäftigungsbarometer lag im Januar mit 100,1 Punkten weiterhin in etwa auf der Expansionsschwelle. Das ifo Beschäftigungsbarometer hat gegenüber Dezember zwar spürbar zugelegt, erreichte mit 93,4 Punkten jedoch nur den durchschnittlichen Wert des Vorjahres. Dabei bleibt vor allem die Arbeitskräftenachfrage in der Industrie und im Handel weiterhin schwach, die Beschäftigungsperspektiven im Dienstleistungssektor haben sich hingegen etwas aufgehellt. Ein spürbarer Beschäftigungsaufbau im Bausektor ist bisher allerdings nicht absehbar. Insgesamt bleibt der Arbeitsmarkt zu Jahresbeginn daher weiter ohne Dynamik.

**UNTERNEHMENSINSOLVENZEN WEITERHIN AUF HOHEM NIVEAU**

Der im Vergleich mit der amtlichen Statistik methodisch enger gefasste und zeitlich aktuellere IWH-Insolvenztrend für Personen- und Kapitalgesellschaften weist im Januar mit 1.391 Insolvenzen einen Rückgang von 8 Prozent gegenüber dem Vormonat sowie einen Anstieg von 4 Prozent gegenüber Januar 2025 aus. Die Zahl der betroffenen Beschäftigten (16.865) ist im Vergleich zum Vormonat um 10 Prozent gestiegen und lag damit 18 Prozent über dem Wert von Januar 2025. —

# BIP NOWCAST FÜR DAS ERSTE QUARTAL 2026

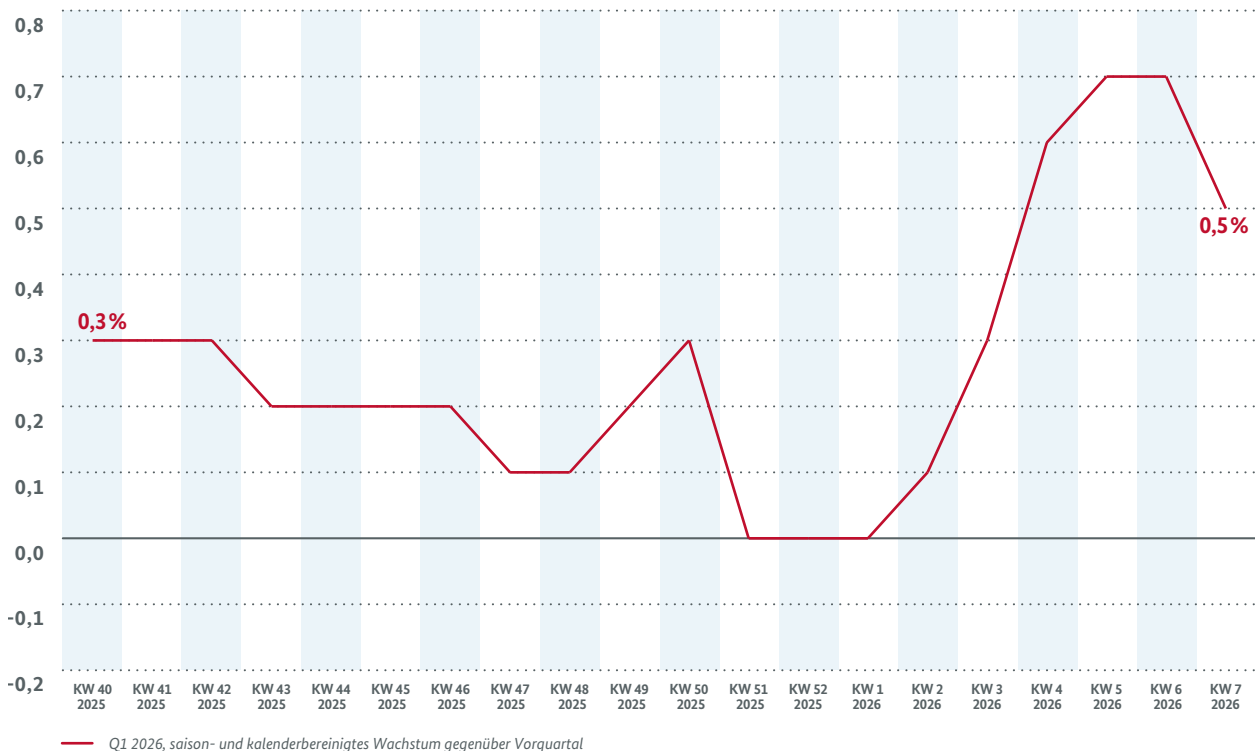
## IN KÜRZE

Der Nowcast für die saison- und kalenderbereinigte Veränderungsrate des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorquartal beträgt 0,5 Prozent für das erste Quartal 2026 (Stand: 13.02.2026).<sup>1</sup>

**D**as Prognosemodell des Nowcast schätzt für das erste Quartal 2026 aktuell einen Zuwachs des deutschen Bruttoinlandsprodukts um 0,5 Prozent. Der Nowcast liefert täglich aktualisierte, rein technische, zeitreihenanalytische Prognosen der Wirtschaftsleistung auf Basis jüngster Konjunkturdaten. Die Prognosen sind unabhängig von den Einschätzungen der Bundesregierung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Am 30. April 2026 veröffentlicht das Statistische Bundesamt eine erste Schnellschätzung für das BIP-Ergebnis im ersten Quartal.

Seit erstmaliger Berechnung Anfang Oktober liegt der Nowcast für das erste Quartal durchgehend im positiven Bereich. Nach einem Startwert von 0,3 Prozent verringerte ein Rückgang des LKW-Maut-Fahrleistungsindex den Schätzwert Ende Oktober auf 0,2 Prozent. Auf diesem Niveau verharnte der Nowcast, bis es angesichts einer Eintrübung des Einkaufsmanagerindex für Deutschland und den Euroraum zu einer weiteren Abwärtskorrektur auf 0,1 Prozent kam. Mitte Dezember führten günstigere Daten zu den Erstanträgen bei der US-Arbeitslosenversicherung zu einem Zwischenhoch von 0,3 Prozent. Anschließend pendelte sich der Schätzwert infolge eingetrübter Geschäftserwartungen in Deutschland und im Euroraum bei 0,0 Prozent ein. Seit Jahresbeginn 2026 zog insbesondere die Verbesserung von Stimmungskindikatoren – z.B. des ZEW-Index, des Verbrauchervertrauens im Euroraum und des ifo Beschäftigungsbarometers – den Nowcast bis auf 0,7 Prozent nach oben. Zuletzt führten ungünstigere Meldungen zu den Erstanträgen auf Arbeitslosenhilfe in den USA zu einer Abwärtsrevision des Schätzwerts auf 0,5 Prozent. —

## ENTWICKLUNG DES BIP NOWCAST FÜR DAS 1. QUARTAL 2026



Quelle: Now-Casting Economics Ltd.

<sup>1</sup> Für nähere Erläuterungen zur Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senfleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Juli 2019, Seite 12-15, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senfleben und Strohsal (2020) „Nowcasting German GDP“, CEPR DP14323.

# DAS EIS IST DÜNN, ABER ES TRÄGT: DIE WELTWIRTSCHAFT WÄCHST ROBUST

## IN KÜRZE

Die Weltwirtschaft erwies sich im vergangenen Jahr trotz höherer Handelsbarrieren und erheblicher politischer Unsicherheiten als widerstandsfähig. Vorgezogene Produktions- und Handelsaktivitäten, Investitionen im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) sowie expansive Finanz- und Geldpolitik stützten die globale Konjunktur. Die kurzfristigen Aussichten reflektieren ein Gleichgewicht unterstützender und hemmender Faktoren: Anhaltende Desinflation und geldpolitische Lockerung dürften Finanzierungskosten senken und die Investitionsnachfrage stützen, Lohnzuwächse den privaten Konsum ankurbeln. Dagegen belastet politische Unsicherheit das Vertrauen der Unternehmen und der Verbraucherinnen und Verbraucher, und in vielen Ländern schränken hohe Staatsverschuldung und begrenzte finanzpolitische Spielräume das Potenzial für öffentliche Investitionen ein. Gleichzeitig sorgen Fortschritte im Bereich KI in Verbindung mit dem Ausbau digitaler Infrastruktur und steigender Nachfrage nach kritischen Mineralien für eine neue Welle von Investitionen und Innovationen. Insgesamt bleiben die Aussichten fragil.

## I. ALLGEMEINE ENTWICKLUNGEN, JÜNGSTE PROJEKTIONEN, AUSGEWÄHLTE PHÄNOMENE

Wie zu Beginn jedes Jahres warteten der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbankgruppe (WBG) und die Vereinten Nationen (UN) mit Lageeinschätzungen und Projektionen zu künftigen globalen Wirtschaftsentwicklungen auf. Bereits im Dezember des Vorjahres hatte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ihre Flaggschiff-Publikation veröffentlicht. Dabei stimmen die Organisationen im Grundsatz weitgehend überein:

Die Weltwirtschaft hat sich gegenüber verschärften Handelsspannungen und politischer Unsicherheit als bemerkenswert resilient erwiesen. Vorgezogene Lieferungen, Lageraufstockungen, eine solide Konsumnachfrage, die durch geldpolitische Lockerungen und weitgehend stabile Arbeitsmärkte gefördert wurde, eine erhöhte Risikobereitschaft und Investitionen in KI stützten die Konjunktur. Lieferketten passten sich an die zunehmenden Handelsbarrieren an. Das mit 3,3 Prozent (IWF) höher als allgemein erwartet ausgefallene Wachstum des letzten Jahres krönte eine fünfjährige globale Erholung von der Rezession des Jahres 2020, die in mehr als sechs Jahrzehnten ihresgleichen sucht. Doch die positive Entwicklung verbirgt eine starke Divergenz: Während sich die entwickelten Volkswirtschaften weitgehend erholt haben und beim Pro-Kopf-Einkommen vor der Pandemie liegen, weisen mehr als ein Viertel der Schwellen- und

Entwicklungsländer immer noch Pro-Kopf-Einkommen unter dem Niveau von 2019 auf. Die globalen Wachstumsaussichten bleiben aufgrund erhöhter makroökonomischer Unsicherheit, veränderter Handelspolitiken und fiskalischer Herausforderungen getrübt.

Aus sehr ähnlichen Beobachtungen und Beschreibungen leiten die Organisationen – methoden- und mandatsbedingt – leicht unterschiedliche quantitative Prognosen und Bewertungen ab: Zum einen aggregieren IWF und OECD die Werte einzelner Länder kaufkraftgewichtet, während WBG und UN wechselkursgewichtet aggregieren und somit auf strukturell niedrigere Zahlen kommen. Zum anderen legen WBG und UN besonderes Augenmerk auf entwicklungspolitische Belange: Das Wachstum mag zwar robust sein, zur Erreichung der Millenniumsziele sei es aber zu gering, zu wenig ausgewogen und bleibe hinter dem langfristigen Durchschnitt zurück. Der IWF erwartet, dass das globale Wachstum stabil bleibt, wobei sich die Dynamik der Hochtechnologiesektoren zwar verlangsamen, aber weiterhin teilweise die Rückgänge in anderen Bereichen ausgleichen wird. Die jüngste Prognose vom 19.01.2026 sieht eine leichte Aufwärtskorrektur auf 3,3 Prozent für dieses Jahr vor, während die Erwartung für 2027 unverändert bei 3,2 Prozent bleibt. Die OECD geht in ihrer Prognose vom 2. Dezember letzten Jahres von einer Abschwächung des globalen BIP-Wachstums auf 2,9 Prozent in 2026 aus, gefolgt von einer leichten Erholung auf 3,1 Prozent in 2027. Die Prognose der Weltbank vom 16.01.2026 geht für 2026 von 2,6 Prozent und für 2027 von 2,7 Prozent aus, was kaufkraftgewichtet 3,1 Prozent und 3,2 Prozent bedeutet. Sehr ähnlich prognostizierten die Vereinten Nationen am 08.01.2026 für dieses Jahr 2,7 Prozent und für 2027 2,9 Prozent Wachstum (kaufkraftgewichtet: 3,1 Prozent und 3,3 Prozent) und bemerken, dass dies deutlich unter dem Durchschnitt von 3,2 Prozent vor der Pandemie (2010–2019) bleibe.

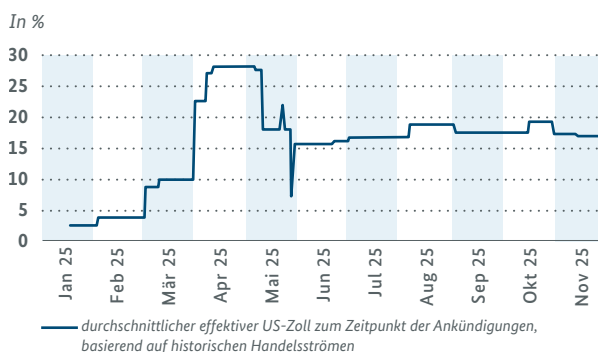
Alle vier Berichte stimmen darin überein, dass **kurzfristig die Risiken überwiegen**: Das Wachstum könnte ins Stocken geraten, wenn die Handelsspannungen eskalieren, die Handelsbarrieren weiter zunehmen oder sich die Stimmung an den Finanzmärkten aufgrund sinkender Vermögenspreise, fiskalpolitischer Sorgen oder überraschender Inflationsentwicklungen verschlechtert. Chancen werden in ausgeweiteten Aktivitäten im Bereich der KI sowie einer überraschend hohen Anpassungsfähigkeit der Unternehmen an neue Handelsbedingungen gesehen.



### Welthandel wankelmütig: Vorzieheffekte lassen nach, Zollwirkungen greifen

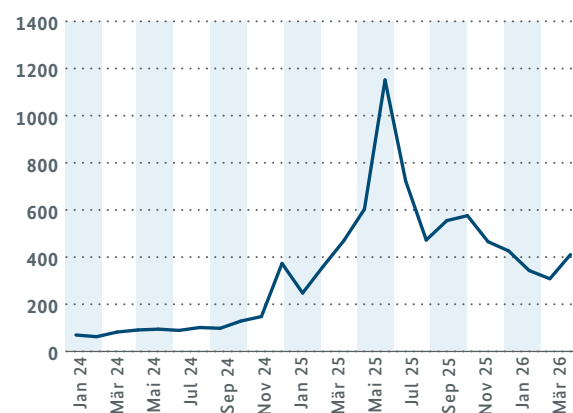
Nach einer 90-tägigen Pause nahm die US-Regierung im August 2025 erneut umfassende Zollerhöhungen vor und führte zusätzliche länder- und sektorspezifische Zölle ein. Infolgedessen stieg der durchschnittliche effektive US-Zollsatz bis Ende 2025 auf etwa 17 Prozent und damit auf ein Niveau, das es dauerhaft zuletzt in den 1930er Jahren gab, das aber deutlich unter dem kurzfristigen Höchststand von etwa 28 Prozent Mitte April 2025 liegt. Seitdem hat sich die handelspolitische Unsicherheit gegenüber den historischen Höchstständen etwas gelegt, der Abschluss neuer bilateraler Handelsabkommen hat dazu beigetragen.

ABB. 1A: EFFEKTIVER US-ZOLL



Quelle: Weltbank (2026)

ABB. 1B: INDEX DER HANDELPOLITISCHEN UNSICHERHEIT

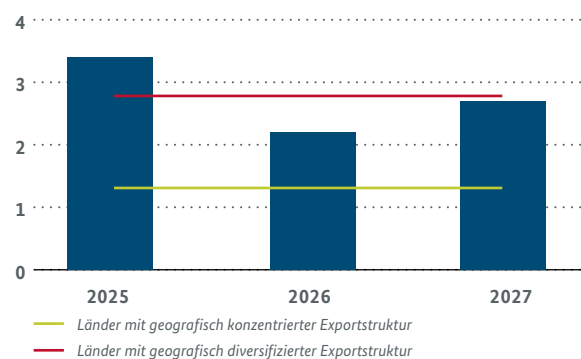


Quelle: Macrobond

Die Erwartung steigender US-Zölle führte zu einem erheblichen Vorziehen von Importen, die vollständigen Auswirkungen der höheren Zölle entfalte(te)n sich erst allmählich. Das Wachstum des Dienstleistungshandels hat sich deutlich verlangsamt, was auf einen ausgeprägten Rückgang der Reisedienstleistungen nach der Erholung des weltweiten Tourismus nach der Pandemie zurückzuführen ist.

Die Aussichten für das Wachstum des Welthandels werden durch erhöhte handelspolitische Spannungen und politische Unsicherheit getrübt. Für 2026 wird eine deutliche Verlangsamung prognostiziert, da die Lagerbestände ab- und die Auswirkungen der Zollmaßnahmen zunehmen. 2027 dürfte sich das Handelswachstum dann stabilisieren, da sich die Handelsströme stärker an die Zollerhöhungen anpassen und die politische Unsicherheit nachlässt. So erwartet der IWF, dass das Wachstum des Welthandelsvolumens von 4,1 Prozent im Jahr 2025 auf 2,6 Prozent im Jahr 2026 zurückgeht und 2027 wieder auf 3,1 Prozent ansteigt. Ähnlich geht die OECD von einer Abschwächung des Handelswachstums in 2026 auf 2,3 Prozent aus, bevor es sich 2027 mit der Erholung des Wachstums wieder auf 2,8 Prozent beleben wird. Dabei dürfte sich die Zusammensetzung des Handelswachstums von der Zeit vor der Pandemie unterscheiden, da die Schwellenländer einen größeren Anteil ausmachen. Demgegenüber dürfte sich der Beitrag Chinas leicht abschwächen und der Beitrag der fortgeschrittenen Volkswirtschaften ebenfalls zurückgehen. Die Weltbank erwartet gleichfalls, dass die Vorzieheffekte, die den Handel im Jahr 2025 stützten, nachlassen, und geht für 2026 von 2,2 Prozent Zuwachs aus. Für 2027 werden 2,7 Prozent erwartet. Außerdem wird prognostiziert, dass Länder mit diversifizierteren Exportzielländern ein stärkeres Handelswachstum verzeichnen – wobei unterstellt wird, dass die Ende 2025 geltenden Zollsätze während des Prognosezeitraums bestehen bleiben. →

ABB.2: PROGNOSEN DES HANDELSWACHSTUMS



Quelle: Weltbank (2026)

Insgesamt sind die Aussichten für den Handel von erheblichen Abwärtsrisiken geprägt. Zwar haben Fortschritte bei den Handelsverhandlungen seit Mitte 2025 zu einer Entspannung beigetragen, doch besteht weiterhin Unsicherheit, insbesondere hinsichtlich der Umsetzung der jüngsten Vereinbarungen und der Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen den großen Volkswirtschaften. Neu unterzeichnete bilaterale Abkommen, die oft bedeutende Investitions- und Kaufverpflichtungen mit begrenzter öffentlicher Bekanntgabe beinhalten, erhöhen die Komplexität.

### Öl- und Rohstoffpreise normalisieren sich

Die Konjunkturabkühlung in einigen großen Volkswirtschaften und nachlassende Vorzieheffekte beim Rohstoffhandel dürften die Nachfrage nach Energie und Industrierohstoffen belasten. So prognostiziert die Weltbank für 2026 einen **Rückgang der Rohstoffpreise** um 7 Prozent. Für 2027 wird wieder ein Anstieg um 4 Prozent erwartet, was auf eine Neuausrichtung des Angebots auf dem Ölmarkt zurückgeführt wird; der Preisrückgang in diesem Jahr sollte zu einer Drosselung der Produktion im folgenden Jahr führen. Lag der Preis für Rohöl der Marke Brent 2025 im Durchschnitt bei 69 US-Dollar pro Barrel, so werden für dieses Jahr 60 US-Dollar pro Barrel erwartet, wobei die Preise unter Abwärtsdruck stehen. Die **Risiken für den Ölpreis sind nach unten gerichtet**, was auf das Potenzial für ein Überangebot seitens der OPEC+ und der US-Schieferölindustrie sowie auf eine stärker als erwartete Abschwächung der Nachfrage zurückgeführt wird. Umgekehrt könnten sich höhere Ölpreise etablieren, wenn die OPEC+ ihre Fördersteigerungen rückgängig macht. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit weiterer Sanktionen und anderer Störungen der Ölexporte im Zusammenhang mit geopolitischen Spannungen.

In Fortsetzung des Trends aus dem Jahr 2025 prognostiziert die Weltbank für 2026 und 2027 eine Divergenz der **Referenzpreise für Erdgas** in Europa und den USA, wobei die Preise in den USA um 11 Prozent steigen und die Preise in Europa in ähnlichem Umfang fallen sollten. Hinter diesen Trends stehen strukturelle Veränderungen auf dem globalen Gasmarkt: Es werde mehr US-Erdgas als LNG exportiert, was die Inlandspreise in die Höhe treibe, während Europa von der weltweit größeren Verfügbarkeit von LNG profitiere. Darüber hinaus habe der starke Rückgang der chinesischen LNG-Importe im letzten Jahr Lieferungen für andere Abnehmer freigesetzt.

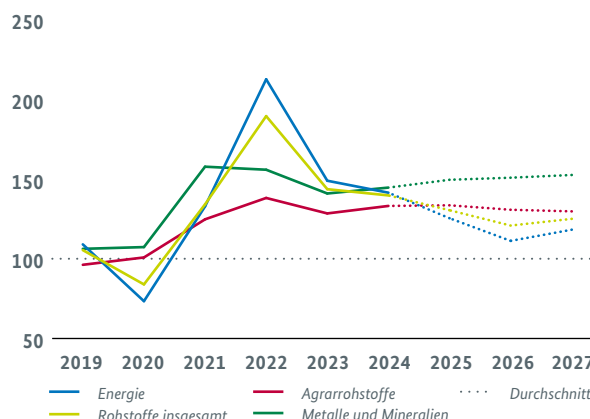
Die **Metallpreise** dürften laut Weltbank in 2026–27 weitgehend stabil bleiben, wobei die wachsende Nachfrage nach Rohstoffen im Zuge der Umstellung auf eine kohlenstoffarme Energieerzeugung die schwache Industriekonjunktur ausgleiche, insbesondere in China, das etwa die Hälfte des weltweiten Metallverbrauchs ausmache. Die jüngsten Handelsmaßnahmen hatten bisher nur begrenzte Auswirkungen auf die Metallpreise, könnten jedoch allmählich die Inves-

titionsströme beeinflussen und die Preisvolatilität erhöhen, insbesondere bei Metallen, die mit der Energiewende in Verbindung stehen.

Die **Goldpreise** stiegen 2025 aufgrund der anhaltenden Käufe durch Zentralbanken und der Anlegerflucht in „sichere Häfen“ angesichts erhöhter geopolitischer Spannungen und politischer Unsicherheit um 42 Prozent. Es wird erwartet, dass dieselben Faktoren die Goldpreise in den nächsten zwei Jahren auf einem deutlich hohen Niveau halten werden, auch wenn die Zentralbankkäufe zurückgehen.

Nachdem die **Preise für Agrargüter** 2025 weitgehend stabil blieben, wird für 2026 ein leichter Rückgang erwartet, der sich 2027 weiter abschwächt. Die Lebensmittelpreise dürften 2026–27 weitgehend stabil bleiben, da sich das Angebotswachstum den langfristigen Trends in den Industrieländern annähert. Die Preise für Kakao und Kaffee dürften 2026–27 gegenüber ihren wetterbedingten Rekordhöhen von 2025 nachgeben, aber auf einem historisch hohen Niveau bleiben.

ABB. 3: PROGNOSEN DER ROHSTOFFPREISE



Quelle: Weltbank (2026)

### Inflationsrisiken sind weitestgehend gebannt

Obwohl sie weiterhin über den Werten vor der Pandemie liegt, nähert sich die Inflation den Zielen der Zentralbanken an, wenn auch mit deutlichen Unterschieden zwischen und innerhalb der Ländergruppen. Die globale Gesamtinflation stieg im letzten Jahr leicht an, was auf eine Belebung in einigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften zurückzuführen ist, während sie sich in den Schwellen- und Entwicklungsländern insgesamt abschwächte. Die Güterpreis-inflation stieg 2025 in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften moderat, insbesondere in den Vereinigten Staaten. Im Gegensatz dazu ging sie in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern zurück, da die Nachfrage nach Lageraufstockungen zu Beginn des letzten Jahres nachließ. Insgesamt waren die Inflationswirkungen der Zölle



bislang geringer als ursprünglich erwartet. Durch die Pause bei den Zollerhöhungen konnten die Unternehmen ihre Lagerbestände zu niedrigeren Zollsätzen aufbauen und so die Weitergabe an die Inflation hinauszögern. Darüber hinaus, so die Weltbank, hätten US-Unternehmen die Kosten teilweise durch geringere Gewinnmargen aufgefangen und/oder ihre Lieferketten auf Länder mit Präferenzabkommen umgestellt. Dennoch haben sich die US-Warenpreise seit Mitte 2025 von dem zuvor gedämpften Inflationstrend gelöst und sind gestiegen. Die Dienstleistungsinflation lag im vergangenen Jahr weiter über der Inflation bei Waren, hat sich jedoch verlangsamt. Die Einführung neuer KI-Technologien in einigen Dienstleistungsunternehmen scheint die Produktivität gesteigert zu haben, was auf Potenzial für weiteren Rückgang des Preisdrucks hindeutet.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und in Schwellenländern, in denen die Inflation derzeit über dem Zentralbankziel liegt, wird allgemein ein weiterer Rückgang prognostiziert. In den Vereinigten Staaten wird erwartet, dass die Inflation in den nächsten Quartalen weiter steigt, da sich die Zollerhöhungen weiter auf die Endverbraucherpreise auswirken und Mitte 2026 ihren Höhepunkt erreichen dürften. In Zahlen erwartet der IWF, dass die globale Gesamtinflation 2026 auf 3,8 Prozent und 2027 auf 3,4 Prozent sinkt und die Divergenz zwischen den USA und den meisten anderen Ländern anhält. Da sich die Auswirkungen der höheren Zölle allmählich bemerkbar machen, werde die Kerninflation in den USA voraussichtlich erst im Laufe des Jahres 2027 wieder auf das Ziel von 2 Prozent zurückkehren. Für den Euroraum geht der IWF von 1,9 Prozent in diesem Jahr und 2 Prozent in 2027 aus, in China sieht er die Inflation von sehr niedrigem Niveau aus ansteigen, in Indien aufgrund gedämpfter Lebensmittelpreise wieder auf ein Niveau nahe dem Zielwert zurückkehren. Die Weltbank erwartet für die

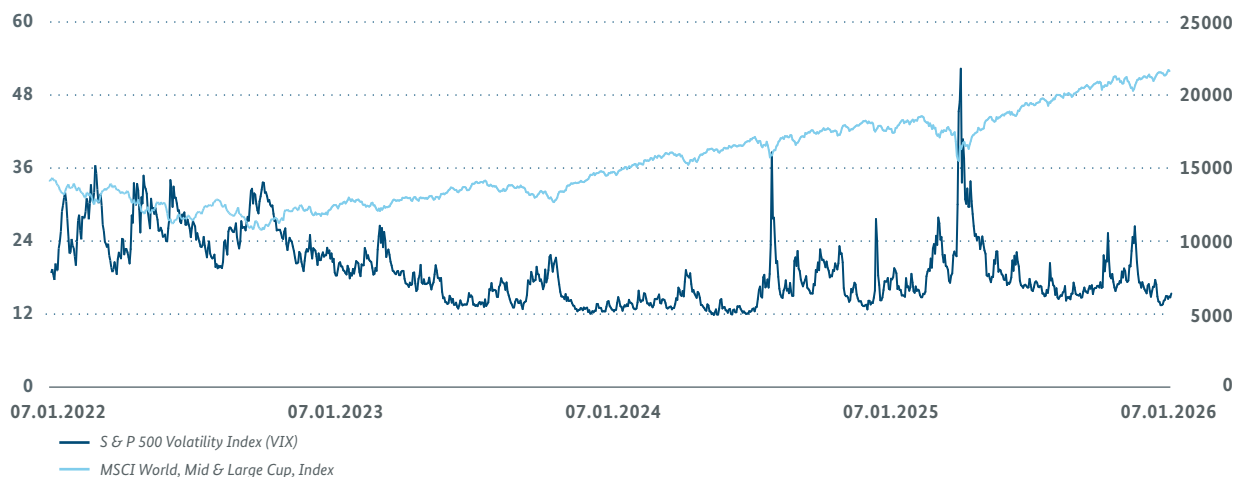
USA, dass die inflationären Auswirkungen der Zölle Anfang 2026 ihren Höhepunkt erreichen, während die Inflation in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften angesichts sich verlangsamender Konjunktur und rückläufiger Auslandsnachfrage nachlässt. Auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern werde die Inflation 2026 weiter zurückgehen, da sich die Arbeitsmärkte zunehmend im Gleichgewicht befinden und das Lohnwachstum allmählich nachlasse. Entsprechend wurden die Inflationsprognosen für fast alle Ländergruppen und Jahre ggü. Juni nach unten korrigiert.

#### **Finanzierungsbedingungen haben sich verbessert (aber Risiken sind gestiegen)**

Im Zuge des Rückgangs der globalen Inflation entspannten sich die Finanzierungsbedingungen in der zweiten Jahreshälfte 2025. Dies wurde durch eine hohe Risikobereitschaft und die Lockerung der US-Geldpolitik vor dem Hintergrund eines schwachen US-Arbeitsmarktes begünstigt. So verzeichneten die Aktienindizes seit Juni 2025 weltweit erhebliche Gewinne. Dabei haben sich die Aktienkurse großer Technologieunternehmen weiter von den Kursen anderer Aktien abgekoppelt. Hohe Bewertungen reflektieren die Erwartungen hinsichtlich künftiger Gewinne aus KI-Investitionen. Der Optimismus griff auf die Aktienmärkte in den Schwellenländern über. Diese Entwicklungen haben zu Bedenken hinsichtlich überhöhter Bewertungen an den Aktien- und Unternehmensanleihemärkten geführt und deren Anfälligkeit für plötzliche Kurskorrekturen erhöht. Trotz der erhöhten politischen Unsicherheit blieb die Volatilität an den Finanzmärkten bislang aber begrenzt, abgesehen von kurzzeitigen Ausschlägen im Zusammenhang mit Zollankündigungen in der zweiten Jahreshälfte 2025.



**ABB. 4: VOLATILITÄTSINDEX UND MSCI-WORLD**



Quelle: Macrobond

Die Schwellenländer profitierten von der Abwertung des US-Dollars, die die Renditen von Anleihen in lokaler Währung steigerte. Darüber hinaus nahmen die Emissionen von Staats- und Unternehmensanleihen durch Schwellenländer in Fremdwährungen zu, und die Anleihspreids verringerten sich. Die günstigeren Rahmenbedingungen an den globalen Märkten, die durch die Erwartungen einer lockeren Geldpolitik in den Vereinigten Staaten gestützt wurden, ermöglichten es Zentralbanken in den Schwellenländern, ihre Leitzinsen unverändert zu lassen. Die Abwertung des US-Dollars bescherte Anlegern in Lokalwährungsanleihen aus Schwellenländern zudem hohe Renditen. Die robuste Nachfrage nach Vermögenswerten aus Schwellenländern führte zu starken Portfoliozuflüssen, vor allem in größere Schwellenländer mit soliden Fundamentaldaten und einem soliden politischen Rahmen. Die Weltbank bemerkt hierzu, dass die Anhäufung von Schulden durch große Schwellenländer und die damit verbundene Ausweitung der Produktion zwar zu positiven Wachstumseffekten für andere Schwellenländer führe, aber auch bestehende Schuldenprobleme verschärfen könne, zumal die Kreditkosten weiterhin hoch seien. Die OECD konstatiert, dass viele Schwellenländer heute besser als in der Vergangenheit in der Lage seien, globale Schocks zu bewältigen. In größeren Schwellenländern mit höherem Einkommen hat der Anteil der Kreditaufnahme in Landeswährung zugenommen, während der Anteil ausländischer Investoren im Laufe der Zeit zurückgegangen ist.

#### **Negative Risiken beherrschen den Ausblick**

Die bisherige Resilienz ist auf wenige Sektoren zurückzuführen und wird durch geld- und fiskalpolitische Lockerungen unterstützt. Das Wachstum könnte hinter den Prognosen zurückbleiben, wenn handelspolitische Spannungen eskalieren oder Schocks zu erheblichen Rückgängen der Vermögensbewertungen führen und eine deutliche Verschärfung der finanziellen Rahmenbedingungen folgen würde. Positiv zu vermerken ist, dass die Flexibilität der Lieferketten handelspolitischen Gegenwind weiter abmildern und der Anstieg der Aktivitäten im Bereich der künstlichen Intelligenz anhalten und sich ausweiten könnte. Im Einzelnen werden die folgenden Risiken beschrieben:

#### **Wiederauflebende Handelsspannungen und handelspolitische Unsicherheit**

Fortschritte in den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten haben die Spannungen gelindert, doch die politische Unsicherheit bleibt hoch. Die Einzelheiten vieler jüngster Handelsabkommen sind unklar, und ihre Umsetzung ist mit erheblichen Unwägbarkeiten behaftet. Dies erhöht das Risiko erneuter Spannungen, wenn die Parteien den Eindruck haben, dass die Verpflichtungen nicht eingehalten werden. Darüber hinaus könnten sich die Zollmaßnahmen auf Drittländer ausweiten. Umlenkungseffekte könnten zusätzliche restriktive Maßnahmen induzieren, die die Han-

delströme weiter fragmentieren und die globalen Handelsspannungen verschärfen könnten.

#### **Neubewertung der Erwartungen hinsichtlich KI**

Sollten sich die Erwartungen hinsichtlich der durch KI erzielbaren Produktivitätssteigerungen als zu optimistisch erweisen, könnte dies zu einem starken Rückgang der Realinvestitionen im Hochtechnologiesektor sowie der Ausgaben für die Einführung von KI in anderen Sektoren führen und eine länger anhaltende Korrektur der Aktienmarktbewertungen anstoßen. Negative Vermögenseffekte würden den privaten Konsum und die Investitionen belasten. Die Auswirkungen würden sich über die Handelsströme auf exportorientierte Volkswirtschaften ausbreiten, die auf Technologieprodukte spezialisiert sind. Jede substanzielle Korrektur der Aktienkurse im Bereich der künstlichen Intelligenz hätte auch spürbare Auswirkungen auf den gesamten Aktienmarkt, da der Anteil der großen Technologiewerte an der Marktkapitalisierung zugenommen hat und indexgebundene passive Investmentfonds an Bedeutung gewonnen haben.

#### **Möglichkeit verschärfter globaler Finanzierungsbedingungen**

Letztes Jahr hat die optimistische Stimmung der Anleger dazu beigetragen, die Bewertung von US-Aktien auf den höchsten Stand seit der Dotcom-Blase zu heben, während die Kreditspreids für risikoreichere Anlagen auf einem Rekordtief liegen. Insofern ist die Wahrscheinlichkeit gestiegen, dass ein Rückgang der Risikobereitschaft zu starken und raschen Korrekturen führen könnte. Eine Verschärfung der Finanzierungsbedingungen würde das globale Wachstum belasten und könnte eine Kapitalflucht aus den Schwellen- und Entwicklungsländern auslösen, insbesondere aus denen mit schwächeren Bonitätsratings. Die Risikobereitschaft könnte auch sinken, wenn die großen Zentralbanken als Reaktion auf eine stärkere Inflation eine restriktivere Geldpolitik verfolgen als erwartet, sei es aufgrund eines erneuten Preisdrucks im Zusammenhang mit Handelsbarrieren oder aufgrund anderer unerwarteter Faktoren. In Verbindung mit Schwächen an den Finanzmärkten könnten sich die fiskalischen Schwachstellen weiter verschärfen, was Auswirkungen auf die makrofinanzielle Stabilität hätte. Besondere Sorge bereitet dem IWF die hohe Staatsverschuldung in mehreren großen Volkswirtschaften, insbesondere in denen, deren Währungen und Wertpapiere auf den internationalen Finanzmärkten systemrelevant sind. Die Sorge um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in diesen Volkswirtschaften könnte nicht nur Druck auf ihre eigenen Kreditkosten ausüben, sondern auch die Finanzbedingungen insgesamt verschärfen und die Volatilität an den Finanzmärkten verstärken. Eine verstärkte Abhängigkeit von preisempfindlichen Anlegern wie Geldmarktfonds und gehebelten Hedgefonds erhöht das Risiko von Verwerfungen.



### Zunehmende Konflikte und geopolitische Spannungen

Die 2020er Jahre sind geprägt von einer deutlichen Zunahme geopolitischer Spannungen und vermehrten gewaltsamen Konflikten. Eine erneute Verschärfung der laufenden großen Konflikte oder eine anhaltende Unsicherheit über deren weitere Entwicklung werden die Belastungen für die Wirtschaftstätigkeit in den betroffenen Ländern und möglicherweise auch auf globaler Ebene verstärken. Über regionale Auswirkungen hinaus können geopolitische Spannungen, an denen große, global vernetzte Volkswirtschaften beteiligt sind, erhebliche grenzüberschreitende Auswirkungen haben, wie die starken Schocks bei den globalen Rohstoffpreisen und die Sorgen um die Lebensmittel- und Energiesicherheit nach dem völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine zeigen.

### Mögliche Wetterkapriolen und Krisen im Bereich öffentliche Gesundheit

Die Weltbank weist darauf hin, dass sich ändernde Klimamuster die Häufigkeit und Schwere wetterbedingter Katastrophen erhöhen. Naturkatastrophen können über verschiedene Kanäle erhebliche makroökonomische Schäden verursachen, darunter die Zerstörung von Infrastruktur, Verluste in der Landwirtschaft und Preisanstiege bei Rohstoffen. Solche Schocks könnten sich auf die Inflation und die geldpolitische Transmission auswirken und gleichzeitig Risiken für die Bilanzen von Finanzinstituten schaffen. Die UN bemerken, dass der Rückgang gesundheitsbezogener Entwicklungshilfeszahlungen die Risiken für die Gesundheitssysteme der Empfängerländer, den Zugang zur Gesundheitsversorgung, die globale Gesundheitssicherheit und die Pandemievorsorge negativ beeinflusse. Akute Krankheitsausbrüche, verursacht durch schwerwiegende und ansteckende Krankheitserreger, könnten kurzfristig zu einer Unterbrechung der Wirtschaftstätigkeit führen und langfristig das Humankapital belasten. Die COVID-19-Pandemie lehre, dass Schwellen- und Entwicklungsländer am stärksten betroffen, aber auch globale negative Auswirkungen möglich sind.

### Mögliches Wiederaufflammen des Inflationsdrucks

Aus Sicht der OECD könnte die Inflation überraschend stark ansteigen und höhere Leitzinsen als derzeit angenommen erfordern. In einigen Volkswirtschaften seien die Inflationserwartungen gestiegen. Der Inflationsdruck könnte sich verschärfen, wenn ein Verlust der Glaubwürdigkeit der Zentralbanken die Verankerung der Inflationserwartungen gefährde. Weitere potenzielle Auslöser erneuten Inflationsdrucks seien Angebotsschocks, die durch eine Ausweitung der geopolitischen Spannungen und Handelsbeschränkungen oder eine weitere Zunahme der Häufigkeit und Intensität von Naturkatastrophen entstehen könnten. Eine weitere potenzielle Quelle, insbesondere in den Vereinigten Staaten, bestehe darin, dass sich die Auswirkungen der Zölle auf die Preise schneller als erwartet verstärken könn-

ten, sobald die Unternehmen keinen Spielraum mehr haben, um höhere Kosten in ihren Gewinnmargen aufzufangen. Das Risiko von Zweitrundeneffekten eines solchen Schocks, die zu einer höheren Inflationspersistenz führen, sei in Volkswirtschaften, in denen die Inflationserwartungen nicht gut verankert sind, besonders ausgeprägt.

Die möglichen Quellen **positiver Überraschungen** sind vergleichsweise übersichtlich:

### Unterschätzte Anpassungsfähigkeit des privaten Sektors

Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbraucher könnten sich als anpassungsfähiger als erwartet erweisen und die negativen Auswirkungen widriger Umstände auf das Wachstum begrenzen. Entwicklungen in einigen Regionen deuten darauf hin, dass Unternehmen erhebliche Fortschritte bei der Umgestaltung ihrer Lieferketten gemacht haben, um von Ländern mit niedrigeren Zöllen zu profitieren. So könnten die Zollkosten durch eine breitere Nutzung bestehender Zollbefreiungen und durch bereits in Kraft getretene oder zur Ratifizierung anstehende Handelsabkommen weiter gesenkt werden. Unternehmen könnten ihre Handelsnetzwerke stärken und diversifizieren sowie Reserven aufbauen. Anpassungen dieser Art seitens des Privatsektors könnten das Wachstum trotz hoher Handelsbarrieren und erhöhter Unsicherheit stützen und dazu beitragen, das Vertrauen der Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken und negative Auswirkungen auf Investitionen und Konsum teilweise auszugleichen. Wenn die Resilienz des Privatsektors dazu führt, dass die durch Zölle verursachten Inflationseffekte schneller als erwartet gedämpft werden, könnten geldpolitische Lockerungen früher erfolgen und die Wirtschaftstätigkeit zusätzlich stützen.

### Technologiegetriebene Investitionen und Produktivitätssteigerungen

Das Wachstum im Bereich der KI hat bisher vor allem in den USA einen Boom privater Investitionen ausgelöst. Investitionen in Bereichen wie Software und IKT-Ausrüstung könnten sich mit dem Bau von Rechenzentren und dem weiteren Ausbau der Energieerzeugung auf weitere Regionen ausweiten. Ausstrahlungseffekte technologiegetriebener Investitionen könnten die Exporte in einer Vielzahl von Volkswirtschaften ankurbeln, indem die Nachfrage nach vorgelagerten Rohstoffen und Komponenten steigt. Die beschleunigte Verbreitung von KI könnte die Produktivität in immer mehr Volkswirtschaften steigern und umfassendere technologische Durchbrüche auslösen. Die Weltbank sieht erste Anzeichen für beträchtliche Produktivitätssteigerungen auf Aufgaben- und Unternehmensebene und erwartet, dass die Verbreitung von KI schneller erfolgt, als von früheren technologischen Innovationen bekannt, da sie die bestehende digitale Infrastruktur als Anwendungsplattform nutzen. Weltbank und UN



merken jedoch an, dass die Technologie zwar Wachstumschancen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen schaffen, die Gewinne aber durch Hindernisse in Form schwacher digitaler Infrastruktur sowie von Defiziten bei Forschung und Entwicklung begrenzt werden könnten. Somit könnte KI Produktivitätsunterschiede verfestigen, indem technologische Fortschritte konzentriert den Volkswirtschaften mit höherem Einkommen, größerem Fachkräftepotenzial und stärkerer Digitalisierung zugutekommen.

## II. REGIONALE ENTWICKLUNGEN

Den **Vereinigten Staaten** wird seitens des IWF für 2026 ein Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent prognostiziert, das durch die Fiskalpolitik und einen niedrigeren Leitzins gestützt werde. Diese Aufwärtskorrektur um 0,3 PP gegenüber der Oktoberprognose beruht auf einem stärker als erwarteten BIP-Wachstum im dritten Quartal 2025 und einer Erholung der Wirtschaftstätigkeit im ersten Quartal 2026. Für 2027 wird ein solides Wachstum von 2,0 Prozent prognostiziert, wobei kurzfristig mit einem fiskalischen Impuls durch Steueranreize für Unternehmensinvestitionen im Rahmen des „One Big Beautiful Bill Act“ von 2025 zu rechnen sei. Die technologiegetriebene Dynamik dürfte sich zwar abschwächen, aber dennoch einen gewissen Ausgleich für die geringere Einwanderung und den rückläufigen Konsum bieten. Die OECD erwartet, dass sich das Produktionswachstum in diesem Jahr verlangsamt, da die Auswirkungen der deutlich höheren effektiven Einfuhrzölle, der Stellenkürzungen in der Bundesregierung und des Rückgangs der Nettozuwanderung voll zum Tragen kommen dürften. Für 2026 wird ein Wachstum von 1,7 Prozent und für 2027 von 1,9 Prozent prognostiziert. In Kanada wird ebenfalls eine allmähliche Erholung des realen BIP-Wachstums erwartet, mit 1,3 Prozent im Jahr 2026 und 1,7 Prozent im Jahr 2027. Der IWF geht von optimistischeren 1,6 Prozent und 1,9 Prozent aus.

Im **Euroraum** dürfte das Wachstum 2026 dem IWF zufolge bei 1,3 Prozent und 2027 bei 1,4 Prozent stabil bleiben. Das etwas höhere Wachstum 2027 reflektiert die prognostizierten Steigerungen der öffentlichen Ausgaben, insbesondere in Deutschland, sowie die anhaltend starke Entwicklung in Irland und Spanien. Die Auswirkungen der geplanten Erhöhung der Verteidigungsausgaben dürften sich erst in den folgenden Jahren bemerkbar machen, da die Zielvorgaben bis 2035 schrittweise erreicht werden sollen. Im Vergleich zu anderen Regionen profitiere die Eurozone weniger von dem jüngsten technologiegetriebenen Investitionsschub. Die anhaltenden Auswirkungen des Anstiegs der Energiepreise dürften die Produktion weiterhin belasten, wobei zusätzlicher Druck durch die reale Aufwertung des Euros gegenüber den Währungen von Ländern mit ähnlicher Exportstruktur entstehe. Laut OECD dürfte sich das Wachstum im

Euroraum von 1,3 Prozent im letzten auf 1,2 Prozent in diesem Jahr leicht abschwächen, bevor es 2027 wieder auf 1,4 Prozent ansteigt, wobei die Effekte der zunehmenden Handelskonflikte durch eine stärkere binnenwirtschaftliche Dynamik (verbesserte Finanzierungsbedingungen, anhaltende Investitionsausgaben aus Mitteln der Aufbau- und Resilienzfazilität und robuste Arbeitsmärkte) ausgeglichen würden. Die Weltbank geht von 0,9 Prozent und 1,2 Prozent aus, wobei im Vergleich wieder die unterschiedlichen Aggregationsmethoden zu berücksichtigen sind. Insgesamt zeigt sich die Konjunktur im Euroraum bis zuletzt merklich robuster, als noch im Frühjahr und Sommer erwartet wurde.

Für das **Vereinigte Königreich** erwartet die OECD aufgrund der anhaltenden Auswirkungen der Haushaltskonsolidierung auf den Konsum und der Belastung durch die globale Unsicherheit einen Rückgang des BIP-Wachstums auf 1,2 Prozent in diesem Jahr, bevor es 2027, gestützt durch Unternehmensinvestitionen und Exporte, wieder auf 1,3 Prozent ansteigt. Auf dem Arbeitsmarkt erwartet die OECD eine Abschwächung, da die Beschäftigung und die Zahl der offenen Stellen zurückgehe. Schleppende Arbeitsproduktivität und das schwache Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dürften die Wirtschaft weiterhin belasten, niedrigere Zinsen hingegen ab der zweiten Jahreshälfte 2026 für moderate Impulse sorgen. Der IWF geht – gegenüber letztem Oktober unverändert – von 1,3 Prozent und 1,5 Prozent aus.

Die **japanische** Wirtschaft dürfte weiter moderat wachsen. Das Wachstum des privaten Konsums wird dabei durch die schwache Entwicklung der Reallöhne gebremst. Solide Gewinne und staatliche Subventionen unterstützen das Wachstum der Unternehmensinvestitionen. Handelsbeschränkungen seitens der USA und China dämpfen jedoch voraussichtlich die Auslandsnachfrage. Das reale BIP-Wachstum dürfte sich der OECD zufolge von 1,3 Prozent im Jahr 2025 auf je 0,9 Prozent in den Jahren 2026 und 2027 abschwächen. Der IWF geht von bescheideneren 0,7 Prozent in diesem und 0,6 Prozent im nächsten Jahr 2027 aus, was für 2026 einer leichten Aufwärtskorrektur gegenüber Oktober entspricht und mit dem von der neuen Regierung angekündigten Konjunkturpaket begründet wird. Die Regierung hat mit einer Zweidrittelmehrheit in den Wahlen vom 8. Februar 2026 ein starkes Mandat dafür erhalten.

Für **China** hingegen hat der IWF seine Wachstumsprognose für 2026 im Vergleich zum Oktober um 0,3 PP auf 4,5 Prozent nach oben korrigiert, was auf die niedrigeren effektiven US-Zollsätze für chinesische Waren infolge des im November 2025 vereinbarten einjährigen Moratoriums und auf Konjunkturmaßnahmen zurückgeführt wird. Für 2027 wird erwartet, dass sich das Wachstum aufgrund strukturellen Gegenwinds auf 4,0 Prozent verlangsamen wird. Die OECD erwartet, dass das Auslaufen



der Vorzieheffekte und das Greifen höherer Zollsätze auf Exporte in die Vereinigten Staaten und die anhaltende Anpassung im Immobiliensektor zu einem Rückgang des Wachstums führen, und kommt – mit 4,4 Prozent für dieses und 4,3 Prozent für nächstes Jahr – zu sehr ähnlichen Prognosewerten.

Für **Indien**, mit 7,3 Prozent Wachstums-Champion der großen Volkswirtschaften in 2025, erwartet der IWF für die Haushaltsjahre 2026-27 und 2027-28 einen BIP-Anstieg um jeweils 6,4 Prozent. Mit Verweis auf steigende Realeinkommen, Lockerung der Geldpolitik und starke öffentliche Investitionen, denen allerdings höhere Zölle auf Exporte in die Vereinigten Staaten gegenüberstehen, erwartet die OECD, dass das reale BIP in den genannten Haushaltsjahren um 6,2 Prozent und 6,4 Prozent wächst. In der Erwartung, dass die US-Zölle, die 12 Prozent der indischen Warenexporte betreffen, das Wachstum zwar etwas dämpfen, dies jedoch durch stärkere inländische Nachfrage und bislang unerwartet resiliente Exporte kompensiert wird, geht die Weltbank von 6,5 Prozent und 6,6 Prozent aus. Mögliche Effekte des im Februar 2026 mit den USA verhandelten „trade deals“ sind in keiner der drei Prognosen berücksichtigt

Für die Region **Lateinamerika und Karibik** erwartet der IWF, das sich das Wachstum 2026 auf 2,2 Prozent abschwächt und 2027 auf 2,7 Prozent ansteigt. Die Wirtschaft **Mexikos** dürfte sich der OECD zufolge langsam erholen, da die Inflation nachlasse und Leitzinssenkungen Wirkung zeigten. Höhere Zölle der Vereinigten Staaten – Ziel von über 80 Prozent der Exporte – und eine schwache öffentliche Nachfrage bremsen jedoch das BIP-Wachstum, das für 2026 auf 1,2 Prozent und 2027 auf 1,7 Prozent taxiert wird. Der IWF geht von 1,5 Prozent und 2,1 Prozent, die Weltbank von 1,3 Prozent und 1,8 Prozent aus. In **Brasilien** wird das Wachstum gemäß Prognose der OECD nachlassen, da sich die Investitionen aufgrund höherer Zinsen verlangsamen, obwohl die Lockerung der Geldpolitik bis 2026 die Konjunktur stütze. Die Binnennachfrage werde der wichtigste Wachstumsmotor sein, der Konsum durch starkes Lohnwachstum gestützt werden. Nach einem Rückgang von 2,4 Prozent im letzten auf 1,7 Prozent in diesem Jahr sollte sich das Wachstum 2027 wieder auf 2,2 Prozent erholen. Sehr ähnlich erwartet der IWF 1,6 Prozent und 2,3 Prozent in 2026 und 2027. Mit Verweis auf hohe Realzinsen und handelspolitischen Gegenwind erwartet die Weltbank für 2026 eine Wachstumsverlangsamung auf 2 Prozent und eine langsame Erholung auf 2,3 Prozent in 2027. **Argentinien** prognostiziert die OECD für 2026 ein reales BIP-Wachstum von 3 Prozent, das 2027 wieder auf 3,9 Prozent ansteigt.

Investitionen und Exporte würden vom zunehmend unternehmensfreundlichen Umfeld, weniger Bürokratie und einem boomenden Energie- und Bergbausektor profitieren. Inflation und Haushaltsdefizite seien rückläufig, aber der Druck auf den Wechselkurs habe verbleibende makroökonomische Schwachstellen aufgezeigt. Hierzu bemerkt die Weltbank, dass die Bereitstellung von Swap-Linien durch die USA zur Stabilisierung beigetragen und der im letzten April vollzogene Übergang zu einer Wechselkursbandbreite die Rolle des Wechselkurses als Stoßdämpfer gestärkt habe. Für dieses und nächstes Jahr werden jeweils 4 Prozent erwartet – was exakt den Erwartungen des IWF entspricht.

Für die Region **Subsahara-Afrika** erwarten IWF und Weltbank, dass makroökonomische Stabilisierung und Reformbemühungen in wichtigen Volkswirtschaften Früchte tragen. Die Weltbank prognostiziert Wachstumsraten von 4,3 Prozent und 4,5 Prozent, der IWF von 4,6 Prozent in diesem und im nächsten Jahr. Trotz verbesserter Wachstumsaussichten bemerkt die Weltbank, dass die Pro-Kopf-Einkommenszuwächse weiterhin zu gering seien, um erhebliche Fortschritte bei der Verringerung extremer Armut zu erzielen. Allerdings hätten sich die Finanzierungsbedingungen entspannt: Seit den Zollankündigungen durch die USA seien die Renditen von Staatsanleihen und deren Spreads gesunken und die meisten Währungen der Region hätten gegenüber dem US-Dollar aufgewertet. Dies habe für viele Länder Schuldendruck verringert und die importierte Inflation gesenkt. Zudem begrenze die geringe Verflechtung mit den USA die negativen Zollausswirkungen. Für **Südafrika** erwarten Weltbank und IWF in diesem Jahr 1,4 Prozent und 1,5 Prozent in 2027. Anhaltende Reformdynamik in den Bereichen Energie und Logistik sowie steigende öffentliche Investitionen stützten die mittelfristigen Wachstumsaussichten. Die OECD erwartet 1,3 Prozent für 2026 und 1,5 Prozent für 2027 und bemerkt, dass sinkendes Konsumentenvertrauen und die Haushaltskonsolidierung die Binnennachfrage, erhöhte US-Zölle die Exporte belasteten. Für **Nigeria** erwartet der IWF Wachstumsraten von 4,4 Prozent in 2026 und 4,1 Prozent in 2027. Die Weltbank verweist u.a. auf die Expansion im Dienstleistungssektor, die Erholung der landwirtschaftlichen Produktion sowie die Umsetzung ökonomischer Reformen durch die Tinubu-Regierung und geht für beide Jahre von 4,4 Prozent aus – den höchsten Wachstumsraten seit über einem Jahrzehnt.

Die jüngsten Einschätzungen zur Entwicklung der Weltwirtschaft und ihrer regionalen Komponenten sind in Tabelle 1 zusammengefasst. Zudem sind die Korrekturen gegenüber den jeweils vorhergehenden Prognosen dargestellt. —

TABELLE 1: ÜBERSICHT DER PROJEKTIONEN

	IST (IWF)	IWF-Projektion (Januar 2025)		Veränderung der IWF- Projektion (ggü. Oktober 2025)		OECD-Projektion (Dezember 2025)		Veränderung der OECD-Projektion (ggü. September 2025)		WBG- Projektion (Januar 2026)		Veränderung der WBG-Projektion (ggü. Juni 2025)		
	2025	2026	2027	2026	2027	2026	2027	2026	2027	2026	2027	2026	2027	
<b>Welt</b>	3,3	3,3	3,2	0,2	0,0	2,9	3,1	0,0		2,6	2,7	0,2	0,1	
<b>Industrieländer*</b>	1,7	1,8	1,7	0,2	0,0	1,7	1,8	k.A.		1,6	1,6	0,2	0,0	
USA	2,1	2,4	2,0	0,3	-0,1	1,7	1,9	0,2		2,2	1,9	0,6	0,0	
Eurozone	1,4	1,3	1,4	0,1	0,0	1,2	1,4	0,2		0,9	1,2	0,1	1,2	
Deutschland	0,2	1,1	1,5	0,2	0,0	1,0	1,5	-0,1	k.A.	k.A.				
Frankreich	0,8	1,0	1,2	0,1	0,0	1,0	1,0	0,1						
Italien	0,5	0,7	0,7	-0,1	0,1	0,6	0,7	0,0						
Spanien	2,9	2,3	1,9	0,3	0,2	2,2	1,8	0,2						
Japan	1,1	0,7	0,6	0,1	0,0	0,9	0,9	0,4		0,8	0,8	0,2	0,2	
Vereinigtes Königreich	1,4	1,3	1,5	0,0	0,0	1,2	1,3	0,2		k.A.				
Kanada	1,6	1,6	1,9	0,1	0,0	1,3	1,7	0,1						
<b>Schwellen- und Entwicklungsländer*</b>	4,4	4,2	4,1	0,2	-0,1	k.A.				k.A.	4,0	4,1	0,2	0,2
China	5,0	4,5	4,0	0,3	-0,2	4,4	4,3	0,0			4,4	4,2	0,4	0,3
Indien**	7,3	6,4	6,4	0,2	0,0	6,2	6,4	0,0			6,5	6,6	0,0	-0,1
Russland	0,6	0,8	1,0	-0,2	-0,1	k.A.				0,8	1,0	-0,4	-0,2	
Brasilien	2,5	1,6	2,3	-0,3	0,1	1,7	2,2	0,0		2,0	2,3	-0,2	0,0	
Mexiko	0,6	1,5	2,1	0,0	0,1	1,2	1,7	-0,1		1,3	1,8	0,2	0,0	
Argentinien	4,5	4,0	4,0	0,0	0,0	3,0	3,9	-1,3		4,0	4,0	-0,5	0,0	
Südafrika	1,3	1,4	1,5	0,2	0,0	1,3	1,5	-0,1		1,4	1,5	0,3	0,2	
Nigeria	4,2	4,4	4,1	0,2	0,1	k.A.				4,4	4,4	0,7	0,6	
Lateinamerika und Karibik*	2,4	2,2	2,7	-0,1	0,1	k.A.				2,3	2,6	-0,1	0,0	
Subsahara Afrika*	4,4	4,6	4,6	0,2	0,1	k.A.				4,3	4,5	0,2	0,2	

Quellen: World Economic Outlook (IWF), Global Economic Prospects (WBG), Economic Outlook (OECD), jeweilige Ausgaben.

\* Industrieländer bezieht sich bei IWF und Weltbank auf die Gruppe "advanced economies", bei der OECD auf deren Mitgliedstaaten. Zudem weichen die Zahlen der Weltbank bei Ländergruppen und der Welt insgesamt aufgrund der verwendeten Aggregationsmethode systematisch nach unten ab.

\*\* Angaben für Indien beziehen sich auf Haushaltsjahre (jeweils von Anfang April bis Ende März)

# Konjunkturtermine

## MÄRZ 2026

06.03.2026	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im Januar 2026
09.03.2026	Produktion im Produzierenden Gewerbe im Januar 2026
16.03.2026	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im März 2026“

## APRIL 2026

01.04.2026	Frühjahrgutachten der Gemeinschaftsdiagnose
08.04.2026	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im Februar 2026
09.04.2026	Produktion im Produzierenden Gewerbe im Februar 2026
13.04.2026	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im April 2026“
22.04.2026	Frühjahrsprojektion der Bundesregierung

## MAI 2026

07.05.2026	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im März 2026
08.05.2026	Produktion im Produzierenden Gewerbe im März 2026
14.05.2026	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im Mai 2026“

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE)  
Öffentlichkeitsarbeit  
10100 Berlin  
[www.bundeswirtschaftsministerium.de](http://www.bundeswirtschaftsministerium.de)

### Stand

Februar 2026

**Diese Publikation wird ausschließlich als Download angeboten.**

### Gestaltung

PRpetuum GmbH, 81541 München

### Bildnachweis

Titel, S. 6: AdobeStock/Photocreo Bednarek  
S. 11: AdobeStock/KEIKO  
S. 14: Steffen Goldacker

### Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [publikationen@bundesregierung.de](mailto:publikationen@bundesregierung.de)  
[www.bundeswirtschaftsministerium.de](http://www.bundeswirtschaftsministerium.de)

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.